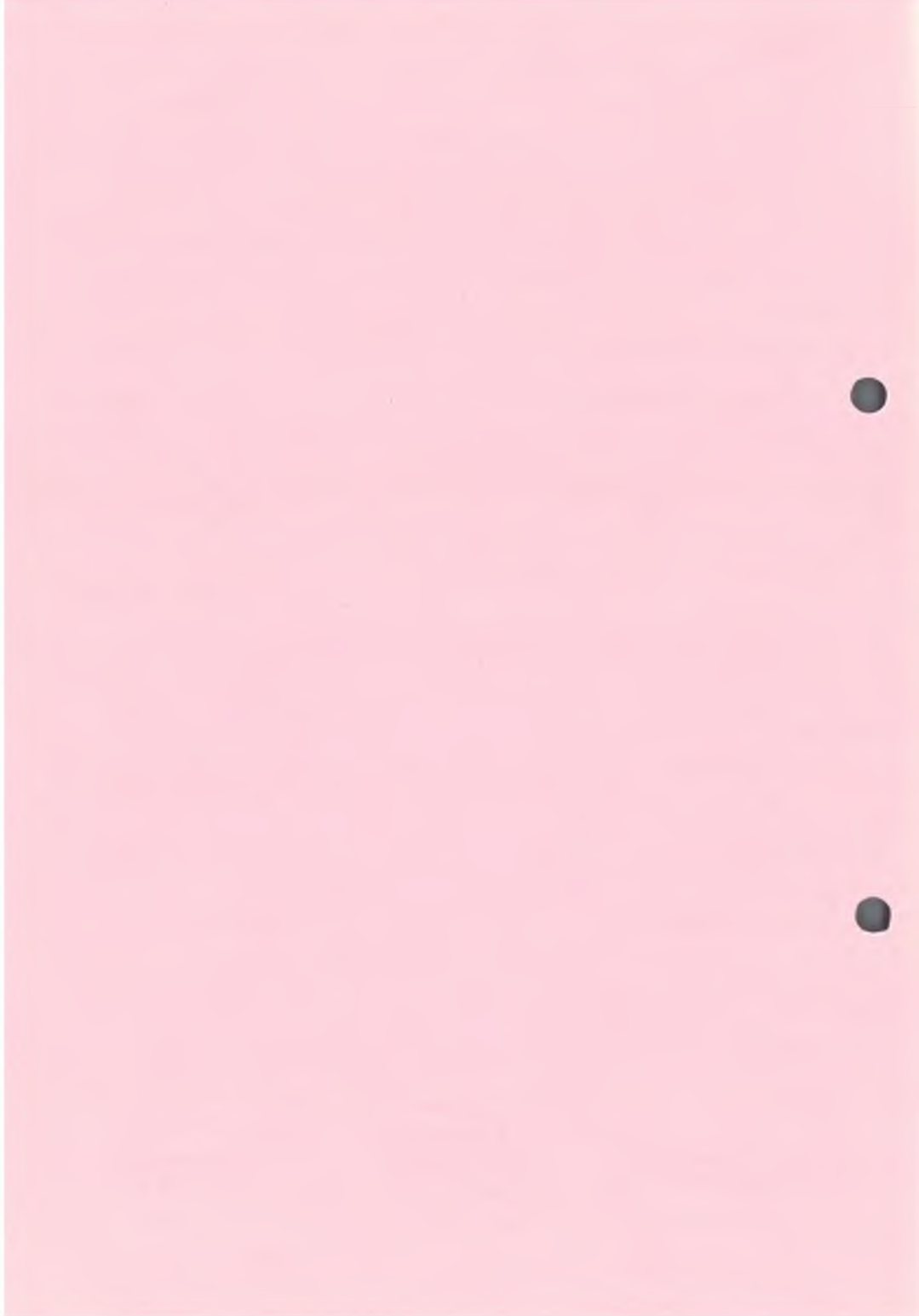


Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 1. April 1990

Florence Passy, Pascal Sciarini, Simon Hug, Hanspeter Kriesi

<i>Abstimmungsergebnisse</i>	<i>Ja</i>	<i>Nein</i>
Volksinitiative «Stopp dem Beton»	500'382 28.5 %	1'255'722 71.5 %
Volksinitiative «Kleeblatt - Murten / Yverdon (N1)»	571'259 32.7 %	1'175'200 67.3 %
Volksinitiative «Kleeblatt - Knonau (N4)»	547'456 31.4 %	1'197'556 68.6 %
Volksinitiative «Kleeblatt - Biel / Solothurn (N5)»	592'210 34.0 %	1'147'568 66.0 %
Rebbaubeschluss	771'420 46.7 %	881'383 53.3
Bundesrechtspflege	776'191 47.4 %	862'769 52.6 %
Stimmbeteiligung	40.5 %	



Inhaltsübersicht

Einführung	4
1. Die Beteiligung	4
1.1 Die Mobilisierungsfaktoren	6
1.2 Das Beteiligungsprofil	7
2. Die Initiative «Stopp dem Beton – für eine Begrenzung des Strassenbaus»	11
2.1 Das Profil der Abstimmung	11
2.2 Elemente zur Meinungsbildung	14
2.3 Die Wahrnehmung der Kampagneargumente	16
3. Die Kleeblattinitiativen	17
3.1 Das Profil der Abstimmung	18
3.2 Elemente zur Meinungsbildung	18
3.3 Die Wahrnehmung der Kampagneargumente	21
4. Der Rebbaubeschluss	24
4.1 Das Profil der Abstimmung	24
4.2 Elemente zur Meinungsbildung	27
4.3 Die Wahrnehmung der Kampagneargumente	28
5. Die Bundesrechtspflege	31
5.1 Das Profil der Abstimmung	31
5.2 Elemente zur Meinungsbildung	35
6. Die Entscheidungsfähigkeit	38
6.1 Die Entscheidungsfähigkeit der Stimmbürger	38
6.2 Die Entscheidungsfähigkeit bei Nichtstimmenden	39
6.3 Die Entscheidungsfähigkeit nach politischen Einstellungen	41
6.4 Die Entscheidungsfähigkeit nach der sozioökonomischen Stellung	44
6.5 Zusammenfassung	45
Zusammenfassung der wichtigsten Untersuchungsergebnisse	46

Einführung

Am 1. April 1990 musste die Schweizer Bevölkerung über sechs Abstimmungsvorlagen entscheiden: vier Volksinitiativen, ein Bundesbeschluss und eine Bundesgesetzesänderung. Nach einer eher schwach geführten Kampagne haben die Stimmbürger sämtliche Vorlagen abgelehnt. Die vier Strasseninitiativen «Stopp dem Beton» und die drei sogenannten Kleeblattinitiativen wurden von den Bürgern und Kantonen mit grosser Mehrheit verworfen. Das gleiche Los erfuhren der Rebaubeschluss und die Bundesrechtspflege, wobei die Absage weniger deutlich zum Ausdruck kam. Das schlechte Abschneiden dieser Volksinitiativen zeigte erneut, wie schwer es ist, die Hürde des Volksentscheides zu überwinden. Um die entscheidenden Aspekte des Stimmbürgerverhaltens gegenüber den Vorlagen zu verdeutlichen, unterbreiten wir eine Analyse der Ergebnisse vom 1. April. Sie ist in drei Teile gegliedert.

In einem ersten Teil werden wir eine Analyse der Beteiligung vornehmen. Wir werden insbesondere ein Bild der mobilisierten Schichten liefern; gleichzeitig aber auch von den Faktoren berichten, die für die Mobilisierung verantwortlich waren.

Im zweiten Teil werden die einzelnen Vorlagen analysiert, und zwar in bezug auf Abstimmungsprofil, Elemente zur Meinungsbildung und Kampagnewahrnehmung. Zuletzt folgt eine Analyse der Entscheidungsfähigkeit der Schweizer gegenüber den einzelnen Vorlagen.

Diese Analyse stützt sich auf eine Befragung des GfS-Forschungsinstituts, welche in den ersten drei Wochen nach der Abstimmung durchgeführt wurde. Befragt wurden 990 Stimmbürger (699 in der deutschen Schweiz, 241 in der französischen Schweiz und 50 in der italienischen Schweiz), die aufgrund einer Zufalls-/Quoten-Auswahl selektioniert worden sind. Die Abteilung für Politikwissenschaften der Universität Genf übernimmt die Verantwortung für die Kommentierung, das GfS-Forschungsinstitut für die Umfrage und für die Resultatauswertung.

1) Die Beteiligung

Die Stimmbeteiligung am 1. April fiel mittel aus; der Prozentsatz (40.5%) lässt die Folgerung zu, dass die Abstimmungsobjekte ein mittelmässiges Interesse bei den Urnengängern auslösten. Die Stimmenthaltung, in den meisten Fällen recht hoch, ist immer von den Vorlagen abhängig. Daraus kann man schliessen, dass die Abstimmung vom 26. November 1989 (mit einer Beteiligung von etwa 70%) ein besonderes Interesse erweckt hatte. Die Initiative zur Armeeabschaffung hatte in Wirklichkeit eine leidenschaftliche Diskussion entflammt, welche die Bevölkerung zur Meinungsäusserung zwang. Dies war nicht der Fall bei der Abstimmung vom 1. April, bei der die Beteiligung sogar unter dem wieder ansteigenden Durchschnittswert der Bundesabstimmungen der letzten Jahre lag.

Auffallend ist der Unterschied zwischen der reellen Wahlbeteiligung und den Angaben aus den Meinungsumfragen, welche eine um 16% höhere Beteiligung ergaben. Wo liegen die Gründe für diese Überschätzung? Erfahrungsgemäss kommen in einer solchen Umfrage

Table 1:
Abstimmungsergebnisse

<i>Kanton</i>	Stopp Beton % Ja	Kleeblatt N1 % Ja	Kleeblatt N4 % Ja	Kleeblatt N5 % Ja	Rebbau- beschluss % Ja	Bundes- rechtspf. % Ja	Stimmbeteiligung %
CH	28.5	32.7	31.4	34.0	46.7	47.4	40.5
ZH	31.8	36.6	32.9	37.5	36.8	47.2	49.1
BE	32.3	38.9	38.9	42.3	45.2	46.2	37.8
LU	27.4	32.2	29.9	33.8	42.6	45.4	42.8
UR	37.1	43.3	44.9	44.3	44.6	44.7	40.7
SZ	22.4	28.1	26.0	28.4	40.9	41.1	41.3
OW	20.9	27.5	25.7	29.4	54.7	48.7	53.0
NW	22.9	28.9	25.8	29.9	52.4	54.2	58.4
GL	33.9	41.2	41.0	43.6	43.4	42.7	38.5
ZG	22.7	26.3	21.0	27.6	42.9	46.7	61.6
FR	20.5	19.3	21.9	21.7	55.8	48.1	40.6
SO	36.8	44.1	43.3	45.5	45.6	44.7	55.4
BS	43.6	48.5	47.5	51.0	33.7	42.6	43.2
BL	33.2	40.2	38.7	41.5	37.6	45.8	42.4
SH	30.2	33.7	31.6	35.4	54.0	49.5	71.2
AR	30.2	37.7	36.9	39.1	42.1	48.8	46.2
AI	25.0	31.0	33.3	31.5	48.0	54.7	43.0
SG	29.1	35.8	34.1	36.5	44.8	51.1	40.5
GR	27.2	33.5	33.5	34.8	54.5	50.5	37.5
AG	25.8	30.0	28.1	32.3	45.7	50.1	36.4
TG	27.4	32.5	29.8	32.4	52.1	51.3	45.7
TI	28.7	29.3	27.4	28.5	55.8	49.3	29.0
VD	16.9	14.7	15.9	15.3	65.6	53.4	33.0
VS	14.5	14.5	14.7	15.4	76.2	50.5	32.0
NE	13.5	14.9	15.3	12.1	50.1	40.1	38.5
GE	27.7	25.8	26.0	25.1	56.6	40.1	27.6
JU	15.4	14.6	17.1	13.8	53.9	35.4	32.1

Quelle:

Eigene Berechnung aufgrund der Presseberichte vom 2. April 1990

relativ oft Überschätzungen vor, weil die Nichtstimmenden Mühe bekunden, ihre Abstimmungsenthaltung zuzugeben. Andererseits könnten die ausgewählten Personen für die Schweizerbevölkerung zu wenig repräsentativ sein.

1.1 Die Mobilisierungsfaktoren

In den Untersuchungen über die institutionelle Beteiligung der Schweizer unterscheidet man gewöhnlich zwischen drei Typen von Bürgern¹, dies um die Beteiligungsschwankungen zwischen den einzelnen Abstimmungen zu erklären. Der erste Typ zeichnet sich durch das regelmässige Mitmachen aus; er handelt aus wirklichem Interesse für die Politik oder wegen seines ausgeprägten Sinnes für die Bürgerpflichten. Diese Gruppe erfasst etwa einen Drittel der Stimmberechtigten. Im Gegensatz dazu bildet ein Viertel der Wahlberechtigten die Gruppe der dauerhaften Abstinente. Zwischen diesen beiden finden wir einen Bevölkerungsteil (40–50% der BürgerInnen), der unregelmässig zur Urne geht, und zwar bedingt durch die Vorlagen. Diese Gruppe ist von entscheidender Bedeutung für die Schwankungen der Beteiligung und stellt ein nur schwer voraussehbares Potential für den Abstimmungsausgang dar.

Die Abstimmungen vom 26. November 1989 konnten die letztgenannte Gruppe mobilisieren, dies im Gegensatz zu fünf Monaten später. Im Gegensatz dazu hat sich der harte Kern der Nichtstimmenden, seinen Gewohnheiten getreu, nicht bewegt (mehr als 90% unter ihnen sind der Urne fern geblieben). Schliesslich ist die Mobilisation der gelegentlichen Urnengängern eher tief ausgefallen.

Im Falle von kombinierten Abstimmungen (mehrere Abstimmungsobjekte) fällt auf, dass gewisse Objekte einen grösseren Einfluss auf die Beteiligung ausüben. Dies scheint auch während der letzten Abstimmungen der Fall gewesen zu sein. Anhand von mehreren Indikatoren versuchen wir herauszufinden, welches Objekt bzw. welche Objekte eine überwiegende Rolle gespielt haben. Bedeutsam in dieser Hinsicht ist die Anzahl der leer eingelegten Stimmzettel, die auf ein mangelndes Verständnis oder auf die Schwierigkeit, die Vorlagenziele zu erkennen, und/oder auf kein Interesse zurückzuführen sind. Beziehen wir uns auf die leer eingelegten Stimmzettel, so stellen wir fest, dass für die Kleeblattinitiativen der Prozentsatz an weissen Stimmzetteln bei 2% lag, während dieser Anteil beim Rebbauabschluss und bei der Bundesrechtspflege auf 15% kletterte.

Der Bekanntheitsgrad der Abstimmungsvorlagen und die Fähigkeit der Befragten, ihre Wahl zu begründen, sind weitere interessante Indikatoren auf der Suche nach den Mobilisierungsfaktoren. Wir können bedeutende Unterschiede zwischen den Strasseninitiativen und den zwei anderen Vorlagen feststellen: während etwa 90% der Befragten die Ziele der Kleeblattinitiative kannten, wissen nur 68–73% über den Rebbauabschluss und die Bundesrechtspflege Bescheid; ein vergleichbarer Unterschied stellt man ebenso bei der Fähigkeit fest, den eigenen Entscheid zu begründen. Diese Unterschiede zeugen von der anziehenden Rolle der Strasseninitiativen. Der Rebbauabschluss und die Bundesrechts-

1 Vgl. E. Gruner & H.-P. Hertig, *Der Stimmbürger und die 'neue' Politik*, Bern / Stuttgart, Haupt, 1983.

pflüge, ihrerseits technisch anspruchsvolle Vorlagen mit komplexen Zielen, haben kaum eine mobilisierende Rolle gespielt – mit Ausnahme, wie wir später sehen werden, von gewissen Kreisen, insbesondere den Landwirten.

1.2 Das Beteiligungsprofil

Sieht man von einigen Ausnahmen ab, gleicht das Beteiligungsprofil vom 1. April in vielerlei Hinsicht dem der vorhergehenden Abstimmungen. Dieses standardisierte Beteiligungsprofil lässt sich durch das generell mässige Interesse für Abstimmungen erklären. Wir konzentrieren uns zuerst auf die Besonderheiten des Profils. Die weiteren Mobilisationsvariablen werden wir anschliessend analysieren.

Eine erste Feststellung gilt der Frauenbeteiligung (*Tabelle 2*): sie fiel um 16% tiefer als jene der Männer aus. Es handelt sich hier um einen Unterschied, der grösser ist als die bisher bei VOX-Analysen festgestellte Differenz. Wir haben bereits darauf hingewiesen, dass es sich in zwei von sechs Fällen um technisch anspruchsvolle Vorlagen gehandelt hatte, deren Zielsetzungen schwer zu bestimmen waren. Die Schweizerinnen verfügen im Durchschnitt über eine weniger hochstehende Ausbildung als die Männer, so dass «das Defizit an Kompetenz» den Beteiligungsunterschied erklären könnte. So zeigt eine detaillierte Analyse, dass der Unterschied zwischen den Geschlechtern bei der Kategorie mit einer höheren Ausbildung nicht mehr stimmt. In dieser Kategorie sind verhältnismässig gleichviel Frauen wie Männer an die Urne gegangen, was als Ausgleich des «politischen Rückstandes» interpretiert werden könnte. Im Gegensatz dazu bleibt in den mittleren und tieferen Ausbildungskategorien ein Beteiligungsunterschied erhalten. In diesen beiden Kategorien scheint die politische Erfahrung der Frauen weiterhin mangelhaft zu sein.

Eine weitere Besonderheit dieser Abstimmung stellt die Bauernbeteiligung dar. Als Mitglieder einer traditionell orientierten Schicht sind sie bewusste Bürger und nehmen oft an Abstimmungen teil. Diese Tendenz wurde am 1. April durch die Präsenz des Rebbaubeschlusses verstärkt. Direkt angesprochen, haben sie massiv teilgenommen. Was die anderen Kategorien anbelangt, finden wir eine Standardaufteilung mit einer tieferen Beteiligung von einfachen Arbeitern / Angestellten im Vergleich zu mittleren Angestellten.

Interessante Unterschiede fallen bei der Zugehörigkeit zu den verschiedenen Automobilclubs auf. Die TCS- (Touring Club Schweiz) und ACS-Mitglieder (Automobil Club Schweiz) haben etwa im gleichen Mass wie Nichtmitglieder eines solchen Verbandes teilgenommen. Im Gegensatz dazu stellt man bedeutende Unterschiede zwischen den TCS/ACS- und den VCS-Mitgliedern fest (Verkehrsclub der Schweiz). Letztere haben massiv an der Abstimmung teilgenommen. Der VCS setzt sich für eine ausgeglichene Entwicklung der Transportmittel ein. Sehr umweltbewusst, vereint er Mitglieder mit einer in Sachen Transporte stark abweichenden Haltung gegenüber Mitgliedern der anderen Automobilclubs. Der VCS war unter anderem Mitglied des Initiativkomitees für eine Begrenzung des Strassenbaus («Stopp dem Beton»). Wie die Beteiligungszahlen zum Ausdruck bringen, konnte er seine Anhänger mobilisieren.

Eine letzte Besonderheit stellt die starke Beteiligung von Menschen, die ihre Priorität auf «nachmaterialistische»² Werte legen dar. Dies lässt sich mit einem generell stark entwickelten Umweltbewusstsein erklären.

Neben diesen für die 1. April Abstimmung spezifischen Faktoren, haben weitere, bei Volksbefragungen immer im Spiel stehende Variablen eine wichtige Rolle gespielt.

So haben gewisse soziodemografische Merkmale eine mobilisierende Wirkung erzielt. Es besteht z.B. eine Verbindung zwischen Altersstufe und Abstimmungsbeteiligung; die Jugend scheint sich kaum um die konventionelle Politik zu kümmern. Der Ausbildungsstand beeinflusst seinerseits die Beteiligung: Leute mit einer höheren Ausbildung nehmen mehr teil als Bürger mit einem obligatorischen Schulabschluss.

Eine weitere Konstante im politischen Alltag unseres Landes bildet die immer stärker werdende Beteiligung der Deutschschweizer gegenüber den Welschschweizern. Am 1. April trennten ein Prozentanteil von mehr als 20% die Stimmbeteiligung in der deutschen Schweiz von der der zwei lateinischen Regionen. Man hätte annehmen können, dass die Bevölkerung in den von den Kleeblattinitiativen direkt angesprochenen Regionen eher teilnehmen würde. Es war aber nicht der Fall für die französischsprachigen Kantone (NE, VD, FR), wo die Beteiligung sogar unter dem nationalen Durchschnitt lag. Hingegen haben die durch die Initiative tangierten deutschsprachigen Kantone (ZG, ZH, SO) mit einer überdurchschnittlichen Beteiligung geantwortet. Es wäre aber weit verfehlt, wenn man die massive Beteiligung einzig den Initiativzielen zuschreiben würde; diese Kantone weisen normalerweise eine recht hohe Beteiligung auf.

Wie üblich, haben auch politische Faktoren einen Einfluss auf die Beteiligung gehabt. So z.B. die Parteibindung, welche meistens massgebend für die Beteiligung an Volksbefragungen ist: Bürger, die einer Partei nahestehen und die am politischen Leben mehr interessiert sind, nehmen eher teil. Diese Tendenz ist anlässlich dieser Abstimmung erneut bestätigt worden, und zwar mit einer Beteiligung von 69% von Parteisympathisanten gegenüber 47% solcher, die keiner Partei nahe stehen.

Vertrauen bzw. Misstrauen gegenüber den regierenden Instanzen bestimmt ebenfalls die Beteiligung an der konventionellen Politik. Bürger, die unbegrenztes Vertrauen in die Regierung pflegen, kennzeichnen sich durch eine weit grössere Stimmbeteiligung als Bürger mit Zweifel in bezug auf die Hörfähigkeit der Regierung. Eine ähnliche Haltung ist unter den Bürgern feststellbar, die der Meinung sind, mit ihrer Stimme einen Einfluss auf das politische Werden zu haben, und jenen, die es verneinen. Keine grosse Rolle hat hingegen die Links- bzw. Rechtsorientierung gespielt.

Schliesslich stellen wir fest, dass die Beteiligung vom Informationszugang bestimmt wurde: Menschen, die Mühe hatten, sich zu informieren – mit anderen Worten die Ziele der politischen Auseinandersetzung herauszufinden –, zeigten eine geringere Beteiligung als Menschen, die in dieser Hinsicht keine Probleme zu haben schienen.

2 Vgl. Sie hierzu: Inglehart, R., *The Silent Revolution*, Princeton, Princeton Univ. Press, 1977.

Tabelle 2:
Abstimmungsbeteiligung vom 1. April in Kategorien

Merkmale	%	n	Cramer's V	Chi ²
<i>Total</i>	57	(990)		
<i>Geschlecht</i>				
Frauen	48	(497)	0.16	0.00
Männer	64	(513)		
<i>Alter</i>				
- 29	45	(121)	(0.14)	0.02
30-39	56	(203)		
40-49	57	(184)		
50-59	58	(159)		
60-69	68	(113)		
70-	62	(125)		
<i>Ausbildung</i>				
Primarschule	42	(123)	0.19	0.00
Sekundarschule	50	(109)		
Berufsschule	54	(536)		
Gymnasium	75	(132)		
Uni, ETH	70	(86)		
<i>Berufliche Stellung</i>				
ArbeitnehmerInnen, Angest. und BeamtInnen	47	(355)	0.15	0.00
Angest. und BeamtInnen in mittlerer Stellung	60	(298)		
Selbstständige, Leitende	61	(210)		
Landwirte	70	(60)		
<i>Region</i>				
Deutsche Schweiz	63	(698)	0.20	0.00
Französische Schweiz	41	(241)		
Italienische Schweiz	42	(50)		
<i>Informationszugang</i>				
relativ einfach	64	(518)	0.15	0.00
relativ schwer	50	(400)		
<i>Mitglied von Automobilclubs</i>				
TCS oder ACS	58	(406)	(0.10)	0.00
Nichtmitglied	54	(517)		
VCS	82	(38)		
<i>Parteibindung</i>				
keine	47	(451)	0.21	0.00
momentan	57	(98)		
im Prinzip	69	(389)		

Fortsetzung siehe nächste Seite

Merkmale	%	n	Cramer's V	Chi ²
<i>Regierungsvertrauen</i>				
Vertrauen	64	(468)	0.16	0.00
Misstrauen	48	(395)		
<i>Einflussmöglichkeit</i>				
Einfluss	68	(767)	0.42	0.00
kein Einfluss	18	(223)		
<i>Links/rechts Orientierung</i>				
Links	66	(44)	0.21	0.00
Mitte-links	65	(168)		
Mitte	52	(335)		
Mitte-rechts	72	(125)		
Rechts	68	(34)		
<i>Materialismus / Nachmaterialismus-Orientierung</i>				
Materialistische Werte	45	(178)	0.15	0.00
Gemischte Werte	56	(521)		
Nachmaterialistische Werte	67	(211)		

Der Cramer's V misst die Stärke der Relation zwischen zwei Variablen. Die Assoziation ist bei 1 maximal, bei 0 minimal.

Die Irrtumsmöglichkeit bezieht sich auf die Verallgemeinerungsfähigkeit in Verbindung mit dem Chi²-Test.

2) Die Initiative «Stopp dem Beton – für eine Begrenzung des Strassenbaus»

Die Initiative «Stopp dem Beton» wollte eine Begrenzung des Strassennetzes erreichen. Als Stichtag galt der 30. April 1986. Der Kampf gegen die Luftverschmutzung, gegen die Verschwendung des urbanen Bodens und zugunsten einer allgemein besseren Lebensqualität setzten eine globale Verkehrsabnahme in unserem Lande voraus. Um diese Ziele zu erreichen, schlug das Initiativkomitee eine Begrenzung der Strassenbauten vor. Zu diesem Zweck musste jeder neue Quadratmeter, der für den Strassenbau freigestellt wurde, durch den Entzug einer genau gleichen Fläche ersetzt werden, die bisher dem Verkehr gewidmet war.

Diese Initiative wurde von einer grossen Mehrheit der Bürger und Kantone abgelehnt. Unter den vier «Transportvorlagen» erfuhr diese ein schweres Debakel, wurde sie doch mit 71.5% der Stimmen zurückgewiesen³.

2.1 Das Profil der Abstimmung

In der Zeit vor der Abstimmung konzentrierte sich die Debatte rund um diese Initiative auf die ökologische Komponente. Dies könnte vielleicht erklären, warum der Stimmentcheid mehr aufgrund von Einstellungen zum (Wirtschafts)Wachstum als von materialistischen bzw. nachmaterialistischen Überlegungen oder von Anhängern und Gegnern der Wirtschaftsglaubwürdigkeit entschieden wurde (*Tabelle 3⁴*).

Zuerst möchten wir darauf hinweisen, dass Personen, die nicht im Besitz eines Fahrzeuges sind, die Initiative angenommen haben, währenddem die Fahrzeuglenker klar dagegen gestimmt haben. Im gleichen Kontext hat die Mitgliedschaft bei einem Automobilclub die Stimmenscheidung geprägt: Die VCS-Mitglieder haben der Initiative massiv zugestimmt, währenddem die TCS/ACS-Mitglieder sie heftig abgelehnt haben, da sie eine Gefahr für den Strassenausbau darstellte. Der Prozentsatz der abschlägigen Antworten unter den Nichtmitgliedern irgend eines Automobilclubs befindet sich etwa in der Mitte. Weiter haben die Welschschweizer deutlicher Nein als die Deutschschweizer gesagt⁵. Haben die Deutschschweizer einen reiferen Sinn für den Umweltschutz als die Welschen? Vergleicht man die Grösse der Umweltschutzbewegung in der Deutschschweiz mit jener in der Welschschweiz, so kommt man zu Resultaten, die in diese Richtung weisen.

Die Stadtbürger zeigten der Initiative gegenüber eine weniger ablehnende Haltung als die Bürger von kleinen Gemeinden oder als jene Bürger, die auf dem Lande leben. Die Städte

3 Das Abstimmungsresultat der Umfrage für die vier Strassenvorlagen stimmt praktisch perfekt mit dem realen überein. Dies gilt aber nicht für den Rebbaubeschluss und insbesondere nicht für die Bundesrechtspflege.

4 Diese Figur nimmt keine Rücksicht auf die leer eingelegten (sehr wenigen) Stimmzettel.

5 Die Anzahl der Befragten in der italienischen Schweiz erlaubt uns nicht, sie als Gruppe zu betrachten. Aus diesem Grund haben wir sie mit der Deutschschweiz zusammengetan. Diese beiden Sprachregionen sind sich resultatmässig sehr nahe gestanden.

Tabelle 3:

Verhalten nach Kategorien – Initiative «Stopp dem Beton»

Merkmale	% Ja	(n)	Cramer's V	Irrtumswahrscheinlichkeit
<i>Total</i>	29	(542)		
<i>Region</i>				
Deutsche und italienische Schweiz	33	(440)	0.15	0.00
Französische Schweiz	14	(91)		
<i>Siedlungsart</i>				
Stadt	39	(181)	0.15	0.02
Kleine Agglomeration	28	(128)		
Landgemeinden	23	(222)		
<i>Mitglied von Automobilclubs</i>				
TCS oder ACS	17	(224)	0.30	0.00
Nichtmitglied	35	(267)		
VCS	73	(30)		
<i>Automobil-Besitz</i>				
Wagenbesitzer	23	(410)	0.25	0.00
Kein Wagen	51	(120)		
<i>Vertrauen in die Regierung</i>				
Vertrauen	21	(282)	0.23	0.00
Misstrauen	43	(183)		
<i>Parteiidentifikation</i>				
(POCH / PdA / AV)	87	(13)	0.54	0.00
SP	51	(75)		
GPS	78	(32)		
(LdU / EVP)	14	(14)		
CVP	18	(76)		
FDP / LPS	10	(72)		
SVP	16	(32)		
(NA / Vig. / Autom)	11	(9)		
<i>Links/rechts-Orientierung</i>				
(Links)	76	(29)	0.39	0.00
Mitte-links	49	(108)		
Mitte	28	(160)		
Mitte-rechts	10	(87)		
(Rechts)	22	(23)		
<i>Einstellung Wirtschaftswachstum</i>				
Wirtschaftswachstum stoppen	56	(82)	0.36	0.00
Eher für einen Stopp	46	(101)		
Neutral	17	(171)		
Eher für das Wirtschaftswachstum	19	(72)		
Für ein weiteres Wirtschaftswachstum	1	(51)		
<i>Werterhaltung</i>				
Materialistische Werte	21	(75)	0.22	0.00
Gemischte Werte	25	(274)		
Nachmaterialistische Werte	46	(138)		

Die Prozentwerte beziehen sich auf die materiell Stimmenden (N = 542)

sind mit den Folgen der schlechteren Lebensqualität direkt konfrontiert: Lärmzunahme, Luftverschmutzung, Zunahme der Schäden aller Art im Zusammenhang mit einem immer stärker werdenden Verkehr. Darum ist es verständlich, dass sie für eine Einschränkung des Strassennetzes plädieren. Weiter scheint der Autobesitz für den auf dem Lande lebenden Menschen wichtiger zu sein als für den Stadtbewohner, welchem ein Netz von öffentlichen Transportmitteln zur Verfügung steht. Es gilt noch zu beachten, dass Strassen für isolierte Gegenden oft gleich gestellt werden mit Freiheit und Wirtschaftswachstum.

Wie wir bereits sahen, sind etwas mehr Nachmaterialisten (für eine qualitative Lebensverbesserung) als Materialisten zur Urne gegangen. Diese Mobilisation ging zugunsten der Initiative «Stopp dem Beton»: die Nachmaterialisten setzen sich für eine Begrenzung des Strassennetzes ein. Menschen, die glauben, durch den Stopp des Wirtschaftswachstums die Umweltprobleme zu lösen, haben die Initiative angenommen, im Gegensatz zu denjenigen, die diese Denkweise verneinen und die massiv gegen die Initiative gestimmt haben⁶.

Die politischen Variablen spielten eine grössere Rolle beim Abstimmungsentscheid. Die bürgerlichen Parteien haben in der Zeit vor der Abstimmung dieser in ihren Augen unrealistischen und extremen Initiative heftig widersprochen. Die Linken waren hingegen für eine Plafonierung des Strassennetzes. Die Stellungnahmen widerspiegeln sich in dem von der Sympathie beeinflussten Abstimmungsentscheid. Die Entgegenstellung ist vor allem zwischen den linksgerichteten und den rechtsorientierten Personen deutlich spürbar. Während die ersten dafür waren, wurde die Initiative von den zuletzt genannten mit grosser Mehrheit abgelehnt. Interessant ist es festzustellen, dass die SPS-Sympathisanten die Initiative knapp abgelehnt haben, trotz der Ja-Parole der eigenen Partei⁷. Die Sympathisanten der Grünen Partei haben logischerweise am meisten für die Initiative gestimmt⁸. Der Abstimmungsentscheid hängt auch von der Position auf der politischen Achse ab: drei Viertel der sich links positionierenden Bürger haben die Initiative angenommen. Je mehr man sich in entgegengesetzter Richtung bewegt, desto mehr nimmt die Ablehnung zu. Es ist allerdings angebracht festzustellen, dass bereits in Mitte-links-Kreisen ein Hang zur Ablehnung zum Ausdruck kommt.

Ob für oder gegen den Bundesrat gestimmt wurde, hängt entscheidend vom Regierungsvertrauen und vom wahrgenommenen Einfluss auf die regierenden Instanzen ab. Menschen, die praktisch kein Vertrauen in die Regierung haben, waren im breiteren Masse als die Bürger der zweiten Kategorie der Initiative wohlgesinnt. Diese Basisinitiative konnte das Vertrauen der Zweifelnden für sich gewinnen. Eine ähnliche Überlegung kann in Verbindung mit dem Einfluss des Bürgers auf das politische System aufgestellt werden.

- 6 Der/die Befragte muss sich dabei auf einer Achse zwischen 1 und 10 positionieren. Position 1 entspricht folgender Aussage: «Wenn man die Probleme im Zusammenhang mit der Ausbeutung der Rohstoffe und der Luftverschmutzung lösen will, muss man das Wirtschaftswachstum stoppen.» Position 10 lautet: «Wenn man die Probleme im Zusammenhang mit der Ausbeutung der Rohstoffe und der Luftverschmutzung lösen will, muss das Wirtschaftswachstum unterstützt werden.»
- 7 Wir müssen die Limiten dieses Sympathieindicators aufzeigen, der etwa 40% der Befragten, die sich mit keiner Partei identifizieren, ausschliesst.
- 8 Neben den POCH-Anhängern; die Zahl der Fälle ist aber sehr klein.

Tabelle 4:

Stopp dem Beton: spontan geäußerte Entscheidungsmotive (zwei Antworten möglich)

Rechtfertigung der Annahme	Stimmende %	Nichtstimmende %
Umweltschutz	44	51
Zu viel Beton und Strassen	27	30
Neue Strassen nicht nötig	23	24
Verkehrsabnahme	8	3
Private Transporte zugunsten der öffentlichen einschränken	8	2
Meinung von Dritten (Partei, Regierung, Dritte)	6	6
Generelle Entscheidungsmotive	6	4
Kein Interesse für diese Abstimmung	2	1
Kürzung der öffentlichen Ausgaben	1	2
Andere Motive	1	6
Total	126 (n = 196)	129 (n = 134)

Rechtfertigung der Ablehnung	Stimmende %	Nichtstimmende %
Extreme Initiative	26	20
Autobahnen und Strassen sind nötig	23	26
Notwendigkeit eines lückenlosen Strassennetzes	15	12
Kostspielige Änderungen des aktuellen Strassennetzes	11	11
Die Initiative ist zu eng gefasst	9	6
Der Betonstopp ist keine Lösung	9	7
Fliessender Verkehr	4	9
Ein ausgereiftes Strassennetz eröffnet neue Perspektiven für die Randregionen	4	4
Ein fließender Verkehr trägt zum Umweltschutz bei	3	6
Strassennetz von grosser Bedeutung für das Wirtschaftswachstum	2	3
Meinung von Dritten (Partei, Regierung, Dritte)	2	1
Autobahnen bieten mehr Sicherheit	1	2
Total	118 (n = 441)	107 (n = 257)

Die prozentualen Werte dieser Figur basieren auf der Anzahl der Fälle. Die Zahlen übertreffen 100%, da die Befragten zwei Entscheidungsmotive angeben durften.

2.2 Elemente zur Meinungsbildung

Nachdem wir die Abstimmungslager analysiert haben, wenden wir uns den Faktoren der Meinungsbildung zu. Wir werden dabei auf zwei Methoden zurückgreifen. In einer ersten Phase werden wir die spontanen Gründe untersuchen, welche von den Stimmbürgern zur Begründung ihres Entscheides genannt wurden. In einer zweiten Phase werden wir die Argumente der Kampagne analysieren, und zwar in Bezug auf die Reaktionen der Stimmbürger.

Der Umweltschutz war das Stichwort der Befürworter der «Stopp dem Beton»-Initiative. In der Tat hat diese Sensibilität den grössten Teil der befürwortenden Stimmbürger beeinflusst: mehr als die Hälfte der Stimmbürger haben sich spontan zu dieser Begründung geäussert (*Tabelle 4*).

Zum Umweltschutzgedanken kommen eine ganze Serie von Begründungen hinzu, die ihren Ursprung im gleichen Themenkreis haben: 27% der befürwortenden Urnengänger sind der Meinung, dass das Land zu viel Strassen und Autobahnen habe. In der gleichen Gruppe erachtet eine von vier Personen den Autobahnbau als überflüssig. Die anderen, weniger einschlägigen Begründungen wie die Verkehrsabnahme, den Rückgang des privaten Transportverkehrs zugunsten des öffentlichen, bestätigen wiederum die Besorgnis im Zusammenhang mit der Umweltproblematik. Man kann also abschliessend behaupten, dass die Bürger die Begründungen der Initianten mehr oder weniger übernommen haben.

Für die Gegner der Begrenzung des Strassennetzes sind es mehr praktische Überlegungen, welche zum Ausdruck kommen, wenn sie ihren Wahlentscheid begründen. Vor allem wird die Vorlage als unrealistisch und extrem taxiert (*Tabelle 4*). Die Gegner werden zusätzlich gestärkt durch die grosse Anzahl Bürger, die der Meinung sind, dass die Initiative zu weit gehe und zu strikte sei, oder dass sie keine Lösung für unsere Umweltverschmutzung und Transportproblematik darstelle. Die Notwendigkeit der Strassen- und Autobahnen scheinen zwei weitere wichtige Begründungen für die Initiativgegner zu sein. In dieser Hinsicht sind sie ganz anderer Meinung als die Befürworter, für die der Bau weiterer Strassen überflüssig ist.

Die Initiativgegner stellten eine weitere, gewiss weniger wichtige Begründung auf: die Notwendigkeit eines kompletten und zusammenhängenden Strassennetzes. Interessanterweise stammte diese, von 15% der Gegner genannte Begründung aus dem Lager der Gegner der «Kleeblattinitiative».

In der Tat haben sie während der Kampagne immer wieder hervorgehoben, dass ein Baustopp für die drei zur Abstimmung stehenden Strassenabschnitte einen Widerspruch in der Planung der Nationalstrassen darstellen würde. Das Argumentedurcheinander könnte auf eine globale Abstimmungsart hindeuten, ohne Unterscheidung zwischen den Initiativen «Stopp dem Beton» und «Kleeblatt». Wir werden auf diese Angelegenheit zurückkommen.

Schliesslich hat mehr als ein Zehntel der Gegner den Entscheid damit begründet, dass eine Umwandlung des aktuellen Strassennetzes kostspielig sein würde.

2.3 Die Wahrnehmung der Kampagneargumente

Von den Argumenten, die während der Kampagne geltend gemacht wurden, scheinen insbesondere zwei das Publikumsinteresse angezogen zu haben. Das erste Argument bezieht sich auf den Umweltschutz und auf die Feinfühligkeit der befürwortenden Bürger; das zweite, welches die Entscheidungsmotive der «Stopp dem Beton»-Gegner beeinflusste, weist auf die Unwirklichkeit und den Extremismus dieser Abstimmung hin (Tabelle 5). Diese beiden Aspekte – Umweltschutz auf der einen, undurchführbare Initiative auf der andern Seite – wurden bereits innerhalb der Entscheidungsmotive festgestellt.

Tabelle 5:
Stopp dem Beton: Bewertung ausgewählter Argumente

		einverstanden	nicht einver-	keine Angabe
		%	standen	%
			%	
<i>Pro-Argumente</i>				
Die Initiative erlaubt konkrete Schritte in Richtung Umweltschutz.	STB	46	39	15
	JST	89	10	1
	NST	35	57	8
Die Initiative gibt dem Bund die Möglichkeit, Milliarden einzusparen.	STB	35	47	18
	JST	66	26	8
	NST	27	64	9
Die Initiative führt ein Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Transportmitteln herbei, indem sie die privaten Transportmittel bevorzugen.	STB	40	41	19
	JST	64	29	7
	NST	35	57	8
<i>Kontra-Argumente</i>				
Die Initiative stellt eine Gefahr für das Wirtschaftswachstum dar.	STB	44	40	16
	JST	29	66	5
	NST	57	37	6
Die Initiative ist eine Gefahr für die Strassensicherheit.	STB	37	48	15
	JST	14	80	6
	NST	49	45	6
Die Forderungen der Initiative sind praktisch nicht nachvollziehbar.	STB	53	31	16
	JST	23	72	5
	NST	76	18	6

STB = Stimmberechtigte (n = 998)

JST = Ja-Stimmende (n = 156)

NST = Nein-Stimmende (n = 375)

Was ist mit den anderen Argumenten, die während der Kampagne geltend gemacht wurden? Obwohl die Einschränkung der öffentlichen Ausgaben sowie der Hinweis auf das Missverhältnis zwischen privatem und öffentlichem Verkehr, im Vergleich mit dem öko-

logischen Argument, weniger Zustimmung fanden, werden sie von zwei Dritteln der Befürworter genannt. Auffallend ist, dass bei den Initiativbefürwortern das finanzielle Argument nicht spontan genannt wurde.

Bei einer Analyse der Argumente im Falle der Initiativgegner wird die Annahme bestätigt, dass der realitätsferne Aspekt mehr als die Plafonierung des Strassennetzes zur Ablehnung beigetragen hat (Tabelle 5); mehr als drei Viertel der Gegner nennen diesen Grund im Zusammenhang mit dem Abstimmungsentscheid. Das Argument, dass die Initiative eine Gefahr für den Wirtschaftswachstum darstellen könnte, fand einen gewissen Anklang bei den Gegnern. Im Gegenteil vermochte das Argument von einer, durch die Initiative «Stopp dem Beton» ausgehende Gefahr für die Strassensicherheit die Gegner nicht vollumfänglich zu überzeugen.

Auch wenn die Nichtstimmenden zur Urne gegangen wären, wäre es kaum zu einem anderen Resultat gekommen. Sicher, die Nichtstimmenden wären einer Plafonierung des Strassennetzes weniger abgeneigt gewesen. Das Mitmachen hätte aber keine wesentliche Änderung am massiven Resultat von 71.5% Ablehnungen gegenüber einer in den Augen der Gegner extremistischen Initiative herbeiführen können. Im übrigen sind die Entscheidungsmotive für die Nichtteilnehmenden etwa die gleichen wie die der Teilnehmenden.

Die prägenden Elemente der Meinungsbildung für diese Abstimmung können in zwei Schlüsselargumenten zusammengefasst werden. Für die Gegner der «Stopp dem Beton» waren die Unwirklichkeit und die extreme Seite der Initiative entscheidend. Die Befürworter einer Plafonierung des Strassennetzes haben sie angenommen, um eine bereits arg geprüfte Umwelt zu schützen.

3) Die Kleeblattinitiativen

Die sogenannten «Kleeblatt-Initiativen», die 1987 eingereicht wurden, brachten den Wunsch zum Ausdruck, auf den Bau von vier Nationalstrassenstrecken zu verzichten: die N1 zwischen Murten und Yverdon, die N4 zwischen Wettswil und Knonau, die N5 (Biel-Solothurn / Zuchwil) und zuletzt noch die N16, besser bekannt als Transjurane. Das Kleeblatt verlor ein Blatt mit dem Rückzug der Initiative gegen die Transjurane.

Die Bevölkerung lehnte die Kleeblattinitiativen klar ab. 67.3% der eingelegten Stimmzettel waren gegen die Initiative «Für eine autobahnlose Region zwischen Murten und Yverdon», etwa gleich (68.6% Neinstimmende) schnitt auch die Initiative «Für ein autobahnfreies Knonaueramt» ab. Schliesslich wurde die Initiative «Gegen einen Autobahnabschnitt zwischen Biel-Solothurn / Zuchwil» mit einem vergleichbaren Ergebnis verworfen (66% Nein). Wir werden sehen, dass das Profil vom «Kleeblatt»-Gegner genau mit dem «Stopp dem Beton»-Gegner übereinstimmt.

3.1 Das Profil der Abstimmung

Berücksichtigen wir die Ähnlichkeiten der Vorlagen, so können wir uns bei einer Analyse der Kleeblatt-Initiativen auf deren erste Komponente konzentrieren, und zwar auf die Initiative «Für eine autobahnfreie Region zwischen Murten und Yverdon». Es scheint, als ob die Bevölkerung keinen reellen Unterschied zwischen den drei Objekten gemacht hätte.

Die drei Kleeblatt-Initiativen wurden von einem leicht grösseren Bevölkerungsteil unterstützt, als diejenige für eine Begrenzung des Strassennetzes (*Tabelle 6*). Die Unterscheidung zwischen deutscher/italienischer und französischer Schweiz kommt hier ebenso zum Ausdruck; die Kleeblatt-Initiativen wurden von weniger als 20% der Welschen unterstützt, gegenüber 40% der Deutschschweizer. Der ausgeprägtere Sinn für Umweltschutz der letztgenannten widerspiegelt sich in diesem beachtenswerten Unterschied. Wir stellen hier erneut die Polarität zwischen Stadtbewohnern und jenen fest, die in kleineren Agglomerationen oder auf dem Land leben. Auch scheint das Alter von einer gewissen Bedeutung in bezug auf den Stimmentscheid gewesen zu sein: die Jungen unter 30 stimmen den Kleeblatt-Initiativen zu.

Auch die Wertorientierung bildet im Falle der drei Kleeblatt-Initiativen einen zuverlässigen Faktor für eine Analyse des Stimmverhaltens. Nachmaterialisten, Umweltschützer, Mitglieder des VCS oder Bürger, die kein Auto besitzen, sind klare Anhänger der drei Strasseninitiativen. Materialisten, Befürworter eines ständigen Wirtschaftswachstums, Mitglieder von TCS und ACS und Autobesitzer sind hingegen klar gegen die genannten Initiativen.

Was ist mit den politischen Faktoren? Die links/rechts-Polarisierung ist von Bedeutung. Ein grosser Anteil der auf dem politischen Schachbrett links stehenden Bürger waren für die Annahme der Kleeblatt-Initiativen (79% Zustimmung). Diese Initiativen erhielten auch in Mitte-links-Kreisen eine Mehrheit. Die Rechten lehnten sie entscheidend ab.

Zusammenfassend stellen wir fest, dass die «Kleeblatt»-Gegner praktisch dieselben sind wie bei der «Stopp dem Beton»-Initiative.

3.2 Elemente zur Meinungsbildung

Ökologische Besorgnisse auf einer Seite, fehlender Realismus und das Bedürfnis nach einem kompletten Strassennetz auf der anderen Seite waren die Hauptbeweggründe von Anhängern und Gegnern der «Stopp dem Beton»-Initiative. Wie steht es mit dem «Kleeblatt»? Wir werden nun auf die zwei im vorhergehenden Falle sich bewährten Methoden zurückgreifen, um die Meinungsbildung auszuloten.

Die Begründung der zustimmenden Personen in Sachen «Kleeblatt» widerspiegeln jene der Sympathisanten für eine Begrenzung des Strassennetzes (*Tabelle 7*): Umweltschutz und Wahrung von schönen Landschaften sind die meistgenannten Begründungen. Für einen bedeutenden Teil der Bevölkerung und für einen grösseren Teil der «Kleeblatt»-Anhänger spielt der Umweltschutz eine zentrale Rolle.

*Tabelle 6:
Stimmverhalten nach Kategorien – Kleeblatt-Initiative*

Merkmale	%	n	Cramer's V	Irrtumswahrscheinlichkeit
<i>Total</i>	35	(545)		
<i>Alter</i>				
20-29	50	(84)	0.16	0.02
30-39	39	(107)		
40-49	29	(102)		
50-59	38	(86)		
60-69	31	(74)		
70-84	27	(77)		
<i>Region</i>				
Deutsche / italienische Schweiz	40	(443)	0.17	0.00
Französische Schweiz	17	(89)		
<i>Siedlungsart</i>				
Grosstäd. Agglomerationen	43	(181)	(0.11)	0.05
Kleine Agglomerationen	33	(129)		
Land	32	(222)		
<i>Mitgliedschaft in Automobilclubs</i>				
TCS oder ACS	22	(221)	0.31	0.00
Nichtmitglied	44	(271)		
VCS	80	(30)		
<i>Autobesitzer</i>				
Autobesitzer	31	(410)	0.20	0.00
Kein Autobesitzer	54	(121)		
<i>Regierungsvertrauen</i>				
Vertrauen	26	(285)	0.24	0.00
Misstrauen	50	(182)		
<i>Parteiidentifikation</i>				
(POCH/PdA/AV)	87	(15)	0.49	0.00
SPS	57	(76)		
GPS	84	(31)		
(LdU/EVP)	29	(14)		
CVP	30	(76)		
FDP/LPS	15	(73)		
SVP	22	(32)		
(NA/Vig/Autom)	13	(8)		
<i>Links/Rechts-Orientierung</i>				
(Links)	79	(29)	0.34	0.00
Mitte-links	54	(107)		
Mitte	33	(163)		
Mitte-rechts	19	(85)		
(Rechts)	22	(23)		

Fortsetzung siehe nächste Seite

Merkmale	%	n	Cramer's V	Irrtumswahrscheinlichkeit
<i>Einstellung Wirtschaftswachstum</i>				
Wirtschaftswachstum stoppen	58	(80)	0.35	0.00
Eher für einen Stopp des Wirtschaftswachstums	57	(101)		
Neutral	22	(170)		
Eher für das Wirtschaftswachstum	23	(75)		
Für den weiteren Wirtschaftszuwachs	24	(50)		
<i>Werthaltungen</i>				
Materialist	26	(74)	0.21	0.00
Gemischte Werte	31	(277)		
Nachmaterialist	52	(136)		

Wir beziehen uns auf die Resultate der Initiative «Für eine autobahnfreie Region zwischen Murten und Yverdon».

Die meistgenannten Begründungen sind aber das Überangebot an Strassen und die Zwecklosigkeit des restlichen Baus der Autobahnabschnitte. Wir können auch in diesem Falle, obwohl nicht ausdrücklich genannt, von einer klaren Besorgnis für die Umwelt sprechen. Eine weitere, oft genannte Begründung betrifft die Bodenverschwendung. Dies war auch ein immer wiederkehrendes Argument während der Kampagne.

Und die Kleeblatt-Gegner? Die wichtigste Begründung liegt in der Notwendigkeit eines kompletten, lückenlosen Strassennetz. Die «Kleeblatt»-Initiative «musste» abgelehnt werden, um ein erneutes Entfachen der bitter ausgeführten Auseinandersetzung über die Nationalstrassenplanung zu verhindern. Muss es noch hervorgehoben werden, dass die Vollständigkeit des Strassennetzes zum Schlagwort der Gesamtheit der bürgerlichen Parteien und der Bundesbehörden wurde? Die Opposition zwischen Befürwortern und Gegnern vom «Kleeblatt» kommt hier deutlich zum Ausdruck.

Die Lebensqualitätsverbesserung der in unmittelbarer Nähe von Nationalstrassen lebenden Bürger ist ebenso eine Begründung, welche ein gewisses Ansehen bei den «Kleeblatt»-Sympathisanten genoss. An dieser Stelle muss erwähnt werden, dass diese vom Initiativkomitee lancierte Begründung im Vorfeld der Abstimmung auch von den Gegnern benutzt wurde; mit einem gewissen Echo in der Bevölkerung, wie man feststellt.

Tabelle 7:

«Kleeblatt»: spontan geäußerte Entscheidungsmotive (zwei Antworten möglich)

Begründung der Annahme	Ja-Stimmende dafür %	Nichtstimmende dafür %
Diese Strassenabschnitte sind unnötig, wir haben genug Strassen	41	43
Umweltschutz	30	26
Landschaftsbild einer Region schützen	20	16
Autobahnen verschwenden den Boden	13	17
Meinung von Dritten (Partei, Regierung, Dritte)	8	0
Privaten Verkehr zugunsten des öffentlichen einschränken	7	1
Generelle Begründung	4	3
Andere Begründungen	3	9
Lebensqualität der Lokalbevölkerung verbessern	2	1
Total	128 (n = 245)	116 (n = 117)

Begründung der Ablehnung	Nein-Stimmende dagegen %	Nichtstimmende dagegen %
Angefangenes Strassennetz vervollständigen	47	44
Dieser Autobahnabschnitt ist notwendig	14	18
Lebensqualität der Anwohner verbessern	10	11
Zu reger Verkehr in dieser Region	7	11
Generelle Begründung	7	7
Erlaubt eine Entwicklung in dieser Region	7	9
Brücke zwischen der deutschen und der französischen Schweiz	7	4
Andere Begründungen	5	6
Umweltschutz	4	4
Meinung von Dritten (Partei, Regierung, Dritte)	2	6
Es wäre dumm, das Gebaute abzubauen	1	1
Fliessender Verkehr ist sicherer	1	4
Übernationale, internationale Bedeutung	1	0
Total	113 (n = 396)	125 (n = 298)

3.3 Die Wahrnehmung der Kampagneargumente

Analysiert man die Argumente der «Kleeblatt»-Sympathisanten, fällt die privilegierte Stellung der ökologischen Bedenken auf (Tabelle 8). Der Schutz von – durch den Bau dieser drei Autobahnabschnitte – gefährdeten Landschaften ist in der Tat ein Argument, das die öffentliche Meinung mobilisieren konnte, wie die Zustimmungszahlen beweisen. Eine

gewisse Anzahl von zustimmenden Bürgern vermutet auch noch, dass der Bau von neuen Strassen zu einer Verkehrszunahme führen könnte, was wiederum umweltschädlich wäre.

Der Bodenpreisanstieg, der zu einem Inflationswachstum führen würde, ist ein wichtiges Argument bei den Kleeblatt-Befürwortern gewesen; 70% der Befragten sind damit einverstanden. Zwei weitere Argumente – der Autobahnabschnitt zwischen Murten und Yverdon sei überflüssig, da der Beweis vorliege, dass die bestehenden Strassen nicht voll ausgelastet seien, und das Argument betreffend den wirtschaftlichen Einfluss Zürichs, der steigen würde, mit schwerwiegenden Folgen für das Gleichgewicht zwischen den einzelnen Regionen – fanden, im Vergleich zu den anderen Argumenten der Kleeblatt-Sympathisanten, nur wenig Anklang bei der Bevölkerung.

Das Bedürfnis nach einem kompletten Strassennetz – von 47% der Kleeblatt-Gegner als erste Begründung genannt – nimmt auch eine wichtige Stellung in den Argumenten der Projektgegner ein. Weitere Argumente konnten die Aufmerksamkeit der Gegner der drei Volksinitiativen auf sich ziehen. Zum Beispiel die Notwendigkeit einer Verkehrsentlastung für gewisse Regionen oder die Annahme, dass dem Bau der NI (Murten-Yverdon) eine grosse Bedeutung in der Annäherung zwischen deutscher und französischer Schweiz beizumessen wäre, um somit daraus zu schliessen, dass es sich um einen wahren staatspolitischen Abschnitt handle.

Die Steigerung der Lebensqualität für die Anwohner ist eine oft genannte Begründung der Gegner. Das Argument von einer Verkehrsumleitung im Falle von Gemeinden mit einem starken Verkehr konnte die Aufmerksamkeit des Publikums erwecken. Die Sorge betreffend Lebensqualität der Strassenanwohner ist ein Argument der Initiativ-Gegner gewesen. Im Zusammenhang mit unserer Analyse stellen wir aber fest, dass dieses auch die Kleeblatt-Sympathisanten überzeugen konnte: 69% unter ihnen sind hiermit einverstanden. Gegner und Befürworter vom «Kleeblatt» sind in diesem Punkt einig. Was die Lösungen anbetrifft, sind sie aber weiterhin geteilter Meinung.

Die Steigerung der Strassensicherheit, wie auch der Hinweis auf die Internationalität der Strasseninfrastruktur vermochte das Publikum nicht zu überzeugen, denn nur eine kleine Anzahl der Kleeblatt-Gegner nennen es als Entscheidmotiv.

Abschliessend sei noch auf die Argumentepolarisierung zwischen Befürwortern und Gegnern hingewiesen: ein nahezu 50%-iger Unterschied grenzt die Gruppen voneinander ab. Die zustimmenden oder ablehnenden Argumente zu den drei Initiativen sind klar abgegrenzt gewesen, ohne mögliche Zweideutigkeiten. Ähnliche Überlegungen sind im Zusammenhang mit der «Stopp dem Beton»-Initiative möglich.

Schliesslich fällt kein Unterschied zwischen Stimmenden und Nichtstimmenden auf. Ein Mitmachen der Nichtstimmenden hätte in keiner Zeit zu einem anderen Abstimmungsausgang geführt.

Wir haben im Verlauf dieser Analyse mehrmals auf die Ähnlichkeiten der vier, im Zusammenhang mit der Nationalstrassenpolitik stehenden Objekte hingewiesen. Die Frage, ob die «Stopp dem Beton»-Initiative nicht zu folgenschweren Auswirkungen für die «Kleeblatt»-Initiativen geführt hat, ist durchaus erlaubt. Aufgebracht durch die «Stopp dem Beton»-Initiative ist es annehmbar, dass die Stimmenden die Gesamtheit der Strasseninitia-

Tabelle 8:
Stopp dem Beton: Bewertung wichtiger Argumente

Aussagen		einver- standen %	nicht einver- standen %	keine Antwort %
<i>Pro-Argumente</i>				
Die Initiative schützt drei momentan gefährdete Landschaften.	STB	54	31	15
	JST	93	5	2
	NST	41	51	8
Die neuen Autobahnen werden zu einer Verkehrszunahme führen.	STB	50	41	9
	JST	86	10	4
	NST	35	62	3
Der Strassenabschnitt Murten-Yverdon (N1) ist überflüssig, da die bestehenden Strassen bei weitem nicht ausgelastet sind.	STB	21	56	23
	JST	57	28	15
	NST	7	81	12
Der Bau der N4 (Knonau) wird die wirtschaftliche Übermacht von Zürich verstärken, was schwerwiegende Folgen für das Gleichgewicht in der Region haben wird.	STB	31	44	25
	JST	54	33	13
	NST	24	62	14
Die N5 zerstört auf unwiderrufliche Weise die einmalige Aareregion.	STB	48	32	20
	JST	91	7	2
	NST	32	55	13
Die Autobahnen führen zu einem Bodenpreiswachstum und fördern die Inflation.	STB	43	38	19
	JST	72	18	10
	NST	34	56	10
<i>Kontra-Argumente</i>				
Eine Einschränkung des Nationalstrassennetzes schadet der Verkehrssicherheit.	STB	48	42	10
	JST	18	80	2
	NST	70	27	3
Die Verkehrskonzentration auf bestehenden Strassen führt zu höheren Abgasemissionen und bringt schlechtere Lebensbedingungen für die Strassenanwohner mit sich.	STB	63	25	12
	JST	70	26	4
Die N1 (Murten-Yverdon) ist die wichtigste Verbindungsstrasse zwischen der deutschen und der französischen Schweiz; sie ist daher von grosser Bedeutung für den Staatszusammenhalt.	STB	53	33	14
	JST	22	74	4
	NST	73	21	6
Die N4 (Knonau) ist eine Verbindungsstrecke von grosser internationaler Bedeutung; sie verbindet Deutschland mit dem Mittelmeer.	STB	52	27	21
	JST	40	50	10
	NST	67	21	12
Die Initiative stellt das Nationalstrassenkonzept in Frage und schafft Lücken in einem zusammenhängenden Netz.	STB	61	26	13
	JST	31	62	8
	NST	82	13	5
Der Verkehr zwischen Biel und Solothurn ist besonders stark, die N5 erlaubt eine Entlastung dieser Region.	STB	61	18	21
	JST	32	53	15
	NST	83	8	9

STB = Stimmberechtigte

JST = Ja-Stimmende

NST = Nein-Stimmende

tiven ohne zu differenzieren zurückwiesen. Wie hätten die «Kleeblatt»-Initiativen abgeschnitten, wenn sie dem Volk in einer getrennten Abstimmung unterbreitet worden wären? Einige Resultate lassen uns annehmen, dass die «Kleeblatt»-Initiative unter der Anwesenheit der anderen Strasseninitiative tatsächlich gelitten hat. Das Argumentendurcheinander ist ein deutliches Zeichen in dieser Richtung.

4) *Rebbaubeschluss*

Diese Abstimmung wurde von einer recht aggressiven Kampagne des Referendumskomitees, das sich gegen einen ungenügenden Beschluss richtete, gekennzeichnet. Aus der Sicht der Rebbaubeschluss-Anhänger musste dieser in zweierlei Hinsicht wirken, und zwar in bezug auf die Qualität des Schweizer Weins und die Sonderrechte in Sachen Kontingentierung. Dies alles erfolgte zugunsten des Umweltschutzes. Diese Argumente konnten keinen Anklang unter der Bevölkerung finden, die wie 1987 den Zuckerbeschluss mit einer schwachen Mehrheit ablehnte (46.7% Zustimmung). Aus dieser Sicht und wenn man an den unerwarteten Ausgang der Kleinbauerninitiative (1989) zurückdenkt, muss festgehalten werden, dass die Ablehnung des Rebbaubeschlusses eine – ausser einer gezielten Massnahme gegenüber einem bestimmten Sektor – Neuerung in der Gesamtheit der Wirtschaftspolitik des Bundes darstellt.

4.1 *Das Profil der Abstimmung*

Eingangs möchten wir darauf hinweisen, dass das Umfrageresultat leicht vom reellen abweicht (41% Ja in der Umfrage, d.h. 6% weniger als bei der Abstimmung). Aus einer ersten Analyse fällt ein gewisser Unterschied zwischen den lateinischen und den deutschen Kantonen auf: während die ersten kompakt für den Rebbaubeschluss gewesen sind (mit einem Spitzenresultat von 76% im Wallis), wurde dieser von fünf deutschsprachigen Kantonen knapp abgelehnt. Die unterschiedlichen Resultate müssen wahrscheinlich auf die Interessen von Kantonen mit bzw. ohne Weinproduzenten zurückgeführt werden.

Tabelle 9, welche die wichtigsten Abstimmungsunterschiede in bezug auf die soziodemografischen Merkmale aufzeigt, bestätigt den Unterschied zwischen den Sprachregionen. Auffallend ist die Anzahl an leeren Stimmzetteln (siehe Tabelle). Die Anzahl an leer eingelegten Stimmzetteln ist grösser als bei den anderen vier Abstimmungsobjekten vom 1. April: im Vergleich mit der Stellungnahme anlässlich der Abstimmung ist die Proportion an leeren Stimmzetteln um 6% höher als für die «Stopp dem Beton»-Initiative, die ihrerseits am meisten Stellungnahmen aufwies, bei der Umfrage erreichte die

Tabelle 9:
Stimmverhalten nach Kategorien – Rebbaubeschluss

Merkmale	Ja (%)	Nein (%)	leer (%)	n	Cramer's V	Irrtumswahrscheinlichkeit
<i>Total</i>	34	51	15	(532)		
<i>Geschlecht</i>						
Frauen	29	52	19	(224)	(0.11)	0.05
Männer	38	49	13	(308)		
<i>Berufliche Stellung</i>						
ArbeiterInnen, Angest., BeamtIn.	29	51	20	(149)	0.18	0.00
Angest., BeamtIn. in mittl. Stlg.	32	52	16	(175)		
Selbständige, Leitende	31	58	11	(127)		
Landwirte	71	19	10	(42)		
<i>Region</i>						
Französische Schweiz	46	33	21	(95)	0.17	0.00
Deutsche/italienische Schweiz	32	54	14	(437)		
<i>Regierungsvertrauen</i>						
Vertrauen	43	45	12	(286)	0.21	0.00
Misstrauen	23	56	21	(180)		
<i>Beeinflussung</i>						
Beeinflusst	36	49	15	(494)	(0.14)	0.01
Nicht beeinflusst	11	68	21	(38)		
<i>Mitglied Automobilclub</i>						
TCS oder ACS	40	48	12	(223)	(0.12)	0.01
Nichtmitglied (VCS)	33	49	18	(271)		
	10	76	14	(29)		
<i>Parteinähe</i>						
Keine Parteinähe	27	52	21	(197)	(0.11)	0.02
Momentane Parteinähe	31	57	11	(54)		
Prinzipiell parteinah	39	48	13	(263)		
<i>Links/rechts-Orientierung</i>						
(Links)	28	65	7	(29)	0.22	0.00
Mitte-links	23	63	14	(105)		
Mitte	36	47	17	(161)		
Mitte-rechts	46	41	13	(88)		
(Rechts)	53	43	4	(23)		
Keine Angabe	43	41	16	(44)		
<i>Parteiidentifikation</i>						
(POCH/PdA/AV)	21	64	14	(14)	0.23	0.00
SPS	15	70	15	(75)		
GPS	31	38	31	(32)		
(LdU/EVP)	50	50	0	(12)		
CVP	45	46	9	(76)		
FDP/LPS	48	41	11	(75)		

Fortsetzung siehe nächste Seite

Merkmale	Ja (%)	Nein (%)	leer (%)	n	Cramer's V	Irrtumswahrscheinlichkeit
<i>Parteiidentifikation</i>						
SVP	56	38	6	(32)		
(NA/Vig/Autopartei)	38	62	0	(8)		
<i>Einfluss auf eigene Person</i>						
Sehr schwach	30	49	21	(226)	0.17	0.00
Schwach	39	50	11	(88)		
Mittel	39	54	7	(104)		
Stark	43	57	0	(42)		
Sehr stark	44	56	0	(43)		
<i>Informationszugang</i>						
Relativ einfach	37	57	6	(253)	0.22	0.00
Relativ schwer	33	47	20	(242)		

Die Prozentwerte basieren auf den Stimmenden (N = 532)

Anzahl an leeren Stimmzettel sogar 14%⁹. Die leeren Stimmzettel deuten auf Unsicherheit, Verständnislosigkeit bzw. Desinteresse einer relativ breiten Wählerschaftsschicht gegenüber dieser Vorlage hin. Diese Interpretation wird durch den noch grösseren Anteil an Unentschlossenen unter den Nichtstimmenden bestätigt. Das Mitmachen der Ferngebliebenen hätte übrigens zu keinen Kräfteverschiebungen zwischen Sympathisanten und Gegnern des Beschlusses geführt, die etwa gleich unter Stimmenden und Nichtstimmenden aufgliedert sind.

Des weiteren stellen wir fest, dass der Stimmenscheid nur unwesentlich von den soziodemografischen Kriterien abweicht. Die festgestellten Unterschiede beziehen sich insbesondere auf die leeren Zettel, was wiederum von keiner Bedeutung für die Resultate ist. So wird der höhere Ja-Anteil der Männer gegenüber den Frauen nicht von der entsprechenden Verteilung der Nein-Stimmen bestätigt. Dies lässt sich durch die grössere Unsicherheit der Frauen in dieser Angelegenheit erklären. Was das Stimmverhalten nach gesellschaftlichen Merkmalsgruppen anbetrifft, fallen nur die Landwirte auf, die diesen Beschluss massiv unterstützt haben. Es fällt indessen auf, dass das Plebiszit nicht so deutlich ausfiel, wo die landwirtschaftlichen Organisationen nicht ganz einstimmig von der Richtigkeit der vorgeschlagenen Regelung überzeugt waren¹⁰. Trotz der geringen Anzahl der Stimmen muss erneut auf das untypische Abstimmungsverhalten der VCS-Anhänger hingewiesen werden, die den Beschluss klar zurückgewiesen haben.

Die Abstimmungsunterschiede in bezug auf die gegenüber der Politik subjektiven Faktoren sind von grösserer Bedeutung. Man stellt zum Beispiel fest, dass die Akzeptanz des Rebbau-

9 Der wichtigste Unterschied, der während der Umfrage aufgefallen ist, hängt aller Wahrscheinlichkeit nach mit dem Überschuss an Beteiligung zusammen.

10 Der knappe Stimmenscheid, der zur Parole des Schweizerischen Bauernverbandes (SBV) führte, zeugt davon, wie auch die empfohlene Ablehnung des Vereins Mittlere und Kleinbauer (VMKB) es auch tun.

beschlusses für die zwei Kategorien, die generell für die Festlegung der «politischen Entfremdung» gebraucht werden, stark variiert: die Machtlosigkeit und das Misstrauen. Dieses Entfremdungsgefühl bestimmt im vorliegenden Falle eine Weigerung oder eine Unsicherheit, die in dieser Frage von grösserer Bedeutung ist. Menschen, die dem Wählen keinen politischen Einfluss zumessen, haben klar gegen den Beschluss gestimmt – oder sie haben sich zu dieser Frage nicht geäussert. Die gleiche Beobachtung gilt, in einer abgeschwächten Form, auch für Bürger, die kein Vertrauen in die Regierung haben.

Der Einfluss der politischen Integration auf den Abstimmungsentscheid lässt sich durch die festgestellten Unterschiede im Zusammenhang mit der Parteibindung bestätigen: die Zustimmung nimmt parallel zur wachsenden Parteibindung zu. Schliesslich wird der Abstimmungsentscheid von der politischen Orientierung beeinflusst; dies sowohl entsprechend einer Stellungseinnahme auf der links-rechts Achse als auch durch die geäusserte Parteisymphathie.

Man stellt tatsächlich fest, dass die Akzeptanz des Rebaubeschlusses sich verdoppelt, wenn man von der extrem linken zur extrem rechten Seite wechselt, wobei man an beiden Enden der Achse am wenigsten Unentschlossene trifft. Unsere Resultate zeigen demzufolge, dass der Beschluss vor allem von politisch rechtsstehenden Personen akzeptiert worden ist.

Diese Beobachtung wird durch das parteibedingte Abstimmungsverhalten bestätigt, das seltsamerweise die Rebaubeschlusskampagne nur ansatzweise wiedergibt. Die SPS-Symphathisanten sind gegen den Beschluss gewesen, obwohl die Parteizentrale für Stimmfreiheit gewesen ist. Das gleiche gilt auch für die CVP- und FDP-Anhänger, deren Stimmentscheide nur bedingt mit den ausgegebenen Parolen übereinstimmen: im ersten Falle befinden sich Befürworter und Gegner im Gleichgewicht, währenddem die Partei für die Ablehnung war; im zweiten Fall unterstützte die FDP den Beschluss; dieser Parole folgte aber nur eine schwache Mehrheit ihrer Sympathisanten. Im Gegensatz haben die SVP-Anhänger den Beschluss mit einer grossen Mehrheit unterstützt. Zuletzt sei noch auf die ausgesprochene Ratlosigkeit der Grünen hingewiesen (mehr als ein Drittel war unentschlossen), und das obwohl die Partei die Ablehnung empfahl. Die Unsicherheit könnte auf die schwer zu identifizierende ökologische Dimension dieses Objektes zurückgeführt werden. Die Befürworter hatten während der Kampagne eine Antwort eingeflüstert, indem sie den Umweltschutz als Argument in den Vordergrund stellten. Die GPS-Symphathisanten scheinen von diesem Gesichtspunkt nicht besonders überzeugt gewesen zu sein.

4.2 Elemente zur Meinungsbildung

Die von den Stimmenden spontan geäusserten Argumente zur Begründung ihres Entscheids sind in mancherlei Hinsicht interessant (*Tabelle 10*). Das Interesse gilt nur bedingt den gelieferten Informationen zu den Beweggründen. Es zeugt vielmehr von der Ratlosigkeit in Verbindung mit diesem Objekt. Man stellt fest, dass die Mehrheit der Ablehnenden ihre Wahl auf keine verständliche Art begründen können (15% begründen nicht ihren Entscheid, 15% begründen ihn nur ungenau und 22% liefern eklektische Gründe). Eine unmotivierte Abstimmung also, welche das mangelhafte Verständnis der Vorlage beweist, dies zusammen mit der bereits festgestellten mangelhaften Information der Wähler in dieser Frage. Nur die Missverhältnisse in der Kontingentierung hatten einen gewissen Einfluss

auf den negativen Stimmenscheid der Schweizer. Der Einfluss der anderen «wirtschaftlichen» Gründe (Importregelung liberalisieren und Weinpreis) scheint nur von marginaler Bedeutung gewesen zu sein.

Im Gegenteil dazu haben die Befürworter des Beschlusses in den meisten Fällen ihren Entscheid begründet (mehr als drei Viertel der Antworten für die drei ersten Motivationen). Gegen den Beschluss wurde das Argument der Kontingentierung aufgestellt; merkwürdigerweise wird es auch von den Befürwortern am meisten genannt. Das Argument wird natürlich auf verschiedene Weise eingesetzt: Die Gegner setzen es zugunsten der Aufhebung der Kontingentierungsvorrechte ein, während die Befürworter es als Schutz des schweizerischen Rebbaus begrüßen. Das Unbehagen des Stimmbürgers wird durch das technisch anspruchsvolle und verschiedentlich aufgefasste Kontingentierungsbeispiel verstärkt. Die Befürworter des Beschlusses haben die Bedeutung der Kontingentierung für die Verbesserung bzw. Kontrolle der Weinqualität, wie auch für eine Einschränkung der Überschüsse in den Vordergrund gerückt; in diesem Punkt stimmen die Gegner mit der offiziellen Argumentation überein.

Anhand dieser ersten Analyse fällt es schwer, eine gültige Erklärung für die Ablehnung des Beschlusses zu finden. Es scheint auch nicht, dass seine während der Kampagne vom Referendumskomitee hervorgehobene Mängel für das Scheitern verantwortlich sein könnten. Die Analyse der anlässlich der Kampagne geltend gemachten Argumente sollte zu einer besseren Erklärung der Ablehnungsgründe führen.

4.3 Die Wahrnehmung der Kampagnenargumente

Die Befragten haben während der Umfrage ihre Zustimmung bzw. Ablehnung anhand von Argumenten begründet, die das Gespräch im Vorfeld der Abstimmung beherrscht haben (*Tabelle 11*). Die Zusammenstellung gibt erneut – unter verschiedenen Gesichtspunkten – einen Eindruck von der Unsicherheit.

In erster Linie gilt es zu beachten, dass eine wahre und folgenrichtige Polarisierung nur im Zusammenhang mit der Qualität der Argumente stattfindet. So stellen die Befürworter ihren Beitrag für eine Besserung der Weinqualität und für den Umweltschutz mehr in den Vordergrund. Im Gegensatz dazu fällt es schwer, die Befürworter von den Gegnern zu unterscheiden, wenn die Argumente nicht mit den Stärken bzw. Schwächen des Beschlusses zu tun haben. Die Beobachtung gilt vor allem den ablehnenden Argumenten, welche je nachdem von beiden Seiten unterstützt werden. Das Argument von einer strengeren Kontrolle der Qualitätsanforderungen des Weins liefert hierzu ein Paradebeispiel: Obwohl es sich um ein von den Gegnern gern gebrauchtes Argument handelt, wird es von 80% der Befürworter unterstützt. Das Resultat zeigt eindeutig die Schwierigkeit der Stimmenden, sich ein klares Bild von einem technischen Argument zu machen. Eine ähnliche Beobachtung gilt für die Kontingentierung, die von einer absoluten Mehrheit der Gegner – und Befürworter – als unannehmbar bezeichnet wird. An dieser Stelle muss hinzugefügt werden, dass dieses Argument die Meinung der Gegner am meisten geprägt hat. Die vom Referendumskomitee lancierte – aggressive – Kampagne hat also Früchte getragen.

Tabelle 10:

Spontan geäußerte Entscheidungsbegründungen – Rebbaubeschluss

Begründung der Ablehnung	Stimmende %	Nichtstimmende %
Die Kontingentierungsvorrechte müssen ein Ende haben	23	10
Andere Begründungen	22	23
Keine Begründung	15	19
Nicht differenzierte Begründung	15	17
Die Grenzen öffnen für ausländische Weine	13	14
Der Konsument ist benachteiligt (Weinpreis zu hoch)	7	10
Unverständlichkeit (Text zu kompliziert)	5	1
Die Subventionen zugunsten der Winzer sind angepasst	3	8
Meinung von Dritten (Partei, Bundesrat)	3	3
Winzerempfehlungen gefolgt	2	3
Total	108 (n = 287)	108 (n = 112)

Begründung der Zustimmung	Stimmende %	Nichtstimmende %
Kontingentierung (der Schutz vom Rebbau ist von Bedeutung)	36	27
Qualitätsanforderungen des Weins verbessern/kontrollieren	27	29
Die Überschüsse eindämmen / Produktion einschränken	14	18
Andere Begründungen	11	5
Keine Begründungen	7	13
Winzerempfehlungen gefolgt	7	6
Nicht differenzierte Begründung	8	4
Meinung von Dritten (Partei, Bundesrat)	5	5
Unverständlichkeit (Text zu kompliziert)	2	2
Staatliche Unterstützung willkommen (Entschädigung, Wiederaufbau)	1	4
Begrenzung/Einschränkung der Rebbauzonen	1	4
Status quo (aktueller Zustand ist günstig)	1	1
Total	120 (n = 216)	119 (n = 98)

Schliesslich deckt die Umfrage die Einstimmigkeit der Wählerschaft bezüglich Kontingentierungsvorrechte und Qualitätsanforderungen auf; allerdings auch die Schwierigkeit einer Einigung über die Fähigkeit des Beschlusses, sich in diesen Bedürfnissen durchzusetzen. Folgendes widerspiegelt den Kampagneverlauf: Die Anhänger des Beschlusses sowie die Gegner wollten das Kontingentierungsproblem lösen, wobei die Opposition vielmehr dem Kontingentierungsvolumen als der Grundsatzfrage galt.

Weiter zeugt die hohe Anzahl an Unentschlossenen, bedingt durch die internationalen Seiten des Beschlusses – Gatt- und EG-Verhandlungen – erneut von einem fehlenden Inter-

Tabelle 11:
Bewertung ausgewählter Kampagneargumente

Antworten		einverstanden	nicht einver-	keine Antwort
		%	standen	%
<i>Kontra-Argumente</i>				
Von der Kontingengierung profitieren nur die grossen Weinimporteure, nicht aber die Winzer und die Konsumenten.	STB	50	12	38
	JST	57	26	17
	NST	79	9	12
Die aktuelle Kontingentierung wird keine Schwierigkeiten für die Gatt- und EG-Verhandlungen bilden.	STB	29	16	55
	JST	35	24	41
	NST	42	23	35
Eine noch strengere Qualitätskontrolle des Weins ist von höchster Bedeutung, will man die kostspieligen Überschüsse eindämmen.	STB	52	12	36
	JST	81	7	12
	NST	65	22	13
<i>Pro-Argumente</i>				
Der Beschluss erlaubt eine bessere Weinqualität, da die Rebbauzonen eingeschränkt sind.	STB	40	22	38
	JST	78	9	13
	NST	40	43	17
Der Beschluss hat eine umweltgerechte Weinproduktion zur Folge.	STB	30	27	43
	JST	58	21	21
	NST	25	49	26
In einem sich stark entwickelnden internationalen Kontext dürfen wir unsere Weinwirtschaft nicht auf schwachen Füßen stehen lassen.	STB	31	21	48
	JST	48	22	30
	NST	35	35	30

STB = Stimmberechtigte (n = 998)

JST = Ja-Stimmende (n = 183)

NST = Nein-Stimmende (n = 268)

esse und von der Schweigsamkeit der öffentlichen Meinung gegenüber der Aussenpolitik. Es bleibt offen, ob es sich hierbei um ein fehlendes Bewusstsein des internationalen Problemausmasses oder vielmehr um eine Bezeugung von Inkompetenz in diesem Gebiet handelt. Die Anzahl an Unentschlossenen ist bei der Gesamtheit der Befragten wieder klar ausgeprägter als bei den Stimmenden. Anders ausgedrückt: Die Konturen dieses Objektes sind bei den Nichtstimmenden noch unklarer als bei den Stimmenden.

Zieht man eine Bilanz der Beschlussablehnung, so bleibt ein Gefühl von Unvollständigkeit bestehen, das insbesondere keine genaue Erklärung der Ablehnung zulässt. Wie lässt sich dieser neue Aspekt der schweizerischen Agrarpolitik erklären? Soll man den Befürwortern des Beschlusses recht geben, die bereits während der Kampagne vermehrt auf den Manipulationsversuch des Referendumskomitees zugunsten der Millionen und von oberflächlichen

Argumentationen warnten? Oder soll man dem Referendumsanhänger zustimmen und den Akzent auf die Volksweisheit und Wille setzen, die Landwirtschaft stufenweise zu strukturieren? Die vorliegende Analyse erlaubt keine endgültige Stellungnahme für die eine oder die andere Interpretation, sondern stellt eine wichtige Zweideutigkeit in den Raum: auch wenn es angemessen erscheint, dass die Schweizerbürger ihre Meinung über eine zu oft den grossen Interessen ausgelieferte Agrarpolitik äussern, so zwingt uns die Abstimmungsanalyse zur Hintersinnung über die Fähigkeit des Bürgers, sich in diesen technisch anspruchsvollen Fragen zu äussern.

5) Bundesgesetz über die Organisation der Bundesrechtspflege

Dem Referendum über die Organisation der Bundesrechtspflege lag die Hoffnung zugrunde, das Bundesgericht zu entlasten und dadurch die Effizienz zu verbessern. Überbelastet durch ein immer grösser werdendes Pensum an Streitfällen, wird es für das Bundesgericht immer schwieriger, sich seiner Aufgabe zu widmen. So wurde von Bundesrat und Parlament eine Revision des Bundesgesetzes bearbeitet und gutgeheissen. Zwei Punkte dieser Revision haben zu einer Protestwelle geführt, die das Referendum der demokratischen Juristinnen und Juristen bewirkte. Die zwei Punkte waren auf der einen Seite die Heraufsetzung des Streitwertes von Fr. 8000.- auf Fr. 30'000.- und auf der anderen die Prüfung der Erheblichkeit.

Die erste Massnahme hatte die Senkung der Streitfälle, die ans Bundesgericht gelangen, zum Ziel, und zwar durch eine Heraufsetzung der Wertgrenze aufgrund der Teuerung seit der Inkraftsetzung des Gesetzes. Sie hätte, in der Meinung des Referendumskomitees, Rekurse in Fällen von niedrigen Streitwerten zu verunmöglicht; davon wären insbesondere die Streitfälle über Arbeitsverhältnisse und Wohnungsmieten betroffen gewesen.

Die zweite Massnahme hätte dem Bundesgericht die Möglichkeit gegeben, eine Prüfung der Erheblichkeit durchzuführen, was ihm den Freiraum verschafft hätte, nur über wichtige Fälle zu urteilen. Diese Massnahmen standen im Mittelpunkt der Gespräche, wodurch andere Verbesserungen der Bundesjustiz, die ebenfalls in diesem recht komplizierten Gesetz vorgesehen waren, schlicht vergessen wurden.

5.1. Das Profil der Abstimmung

Die Revision der Bundesrechtspflege wurde am Wochenende vom 1. April 1990 knapp abgelehnt. 47.4% der Stimmenden haben sich für die Revision entschlossen. Wie komplex und schwierig sie war, lässt sich aus der Anzahl an leeren Stimmzetteln erkennen. Die Stellungnahmen waren um etwa 7% niedriger als im Falle der «Stopp dem Beton»-Initiative.

Unter den Befragten, die an der Abstimmung teilnahmen, geben 30% an, sie hätten für die Revision gestimmt, 55% dagegen, während 16% einen leeren Zettel in die Urne gelegt haben (Tabelle 12). Der hohe Anteil an leerenzetteln widerspiegelt auf einer Seite die Schwierigkeit der Vorlage und auf der anderen die mobilisierende Wirkung der weiteren Abstimmungsvorlagen an jenem Wochenende. Ohne die Leerstimmen geben 35% der Befragten an, sie hätten für die Revision gestimmt.

Die für die Stimmenden aufgestellten Folgerungen lassen sich auch auf die Nichtstimmenden übertragen, die eine eigene Meinung im Zusammenhang mit den einzelnen Vorlagen hatten. Etwa ein Drittel von ihnen gibt aber an, sie hätten einen leeren Zettel in die Urne gelegt, falls sie mitgemacht hätten. Hätten die Abwesenden mitgemacht, so wäre die Revision der Bundesrechtspflege noch klarer abgelehnt worden: 34% Ja-Stimmen gegen 66% Nein.

Versucht man eine Erklärung für den Abstimmungsausgang zu finden, fallen sofort die schwachen Unterschiede zwischen den einzelnen Kategorien auf. Die soziodemografischen Variablen haben nur einen beschränkten Einfluss auf den Stimmentscheid gehabt. Nur das soziale Milieu – in einem beschränkten Ausmass – erlaubt eine Erklärung des Abstimmungsausganges. Das Projekt wurde unter den Angestellten mit einer Zustimmung von 20% am wenigsten unterstützt. Die weiteren Schichten wie z.B. die mittleren und höheren Angestellten, sowie die Beamten in leitender Position, die Selbständigen und die Landwirte haben mit 33% bzw. 35% vermehrt für die Revision der Bundesrechtspflege gestimmt. Parallel zu diesen Unterschieden haben die Arbeiter zweimal mehr weisse Zettel in die Urne gelegt. Das gleiche Verhältnis zwischen sozialem Milieu und Stimmentscheid zeigt sich im Unterschied an Ja-Stimmen unter Wohnungsinhabern und Mietern. Die ersten haben deutlich Ja zum Projekt gesagt und gleichzeitig weniger weisse Zettel in die Urne gelegt. Die Mieter haben hingegen weniger deutlich Ja gesagt; sie haben dafür mehr weiss gestimmt. Die Beziehung zwischen dem sozialen Milieu und dem Stimmentscheid könnte ein Beweis sein, dass die Arbeiter den Nachteil einer ablehnenden Haltung für ihr Interessen erkannt haben. Eine ähnliche Erklärung kann im Falle der Wohnungsinhaber geltend gemacht werden, die selber auch eine Gefahr der eigenen Interessen voraussahen.

Das Alter hat eine nebensächliche Rolle gespielt und lässt nur zwei Folgerungen zu. Mit einem Drittel an leerenzetteln hatten die Jungen grösste Mühe sich in dieser Frage zu äussern. Weiter nimmt die Zustimmung der Revision parallel zum Alter zu, und erreicht die grösste Zustimmung bei den 70jährigen.

Die eher politischen Variablen spielten tatsächlich eine Rolle während dieser Abstimmung. Die weissen Zettel nehmen bei Bürgern zu, die keiner Partei nahe stehen. Allerdings muss diese Feststellung im Zusammenhang mit der ideologischen Einstellung der Bürger relativiert werden. Die Links-Sympathisanten haben massiv gegen die Revision gestimmt, währenddem die Ablehnung in den Rechts-Kreisen abnimmt. Allerdings wird die Revision nur unter den SVP-Sympathisanten mehrheitlich angenommen. Die FDP-AnhängerInnen lehnen sie knapp ab, Bürger, die der CVP nahe stehen, sind relativ deutlich dagegen. Diese Feststellungen zeigen, dass die Parolen von den Links-Sympathisanten mehr respektiert wurden als von den Rechten.

Tabelle 12:

Abstimmungsverhalten nach Kategorien – Bundesrechtspflege

Merkmale	Ja (%)	Nein (%)	leer (%)	n	Cramer's V	Irrtumswahrscheinlichkeit
<i>Total</i>	30	54	16	(523)		
<i>Berufliche Stellung</i>						
ArbeiterInnen, Angest., BeamtInnen	20	56	24	(143)	(0.13)	0.00
Angest. u. BeamtInnen in mittl. Stlg.	33	55	12	(172)		
Selbständige, Leitende	35	53	12	(171)		
<i>Alter</i>						
20–29	23	48	29	(84)	(0.14)	0.02
30–39	26	59	15	(109)		
40–49	31	58	11	(100)		
50–59	27	56	17	(84)		
60–69	35	55	10	(74)		
–70	41	46	13	(70)		
<i>Wohnungsinhaber</i>						
Inhaber	36	54	10	(264)	0.19	0.00
Nicht-Inhaber	24	54	22	(259)		
<i>Parteiidentifikation</i>						
(POCH/PdA/AV)	21	65	14	(14)	0.21	0.01
SPS/PSA	24	69	7	(72)		
GPS	22	59	19	(32)		
(LdU/EVP)	23	54	23	(13)		
CVP	39	51	10	(74)		
FDP/LPS	40	41	19	(75)		
SVP	54	36	10	(31)		
(NA/Vig/Autopartei)	13	49	38	(8)		
<i>Parteibindung</i>						
Keine	22	58	20	(195)	(0.11)	0.01
Momentan	26	59	15	(53)		
Prinzipiell	37	50	13	(260)		
<i>Links/rechts-Orientierung</i>						
(ganz links)	26	74	0	(27)	0.22	0.00
Mitte-links	22	70	8	(107)		
Mitte	29	50	21	(160)		
Mitte-rechts	43	39	18	(88)		
(ganz rechts)	50	50	0	(22)		
<i>Materialismus/Nachmaterialismus-Orientierung</i>						
Materialistische Werthaltungen	38	37	25	(73)	(0.12)	0.01
Gemischte Werthaltungen	32	54	14	(270)		
Nachmaterialist. Werthaltungen	23	64	13	(136)		
<i>Einflussmöglichkeit</i>						
Einfluss	32	53	15	(486)	(0.13)	0.01
Kein Einfluss	8	68	24	(37)		
<i>Vertrauen in die Regierung</i>						
Vertrauen	37	49	14	(281)	0.21	0.00
Misstrauen	18	63	19	(176)		

Fortsetzung siehe nächste Seite

Merkmale	Ja (%)	Nein (%)	leer (%)	n	Cramer's V	Irrtumswahrscheinlichkeit
<i>Informationsniveau</i>						
Vorlage bekannt	31	57	12	(442)	0.24	0.00
Vorlage unbekannt	22	42	36	(81)		
<i>Einfluss auf die Person</i>						
Sehr schwach	29	52	19	(196)	0.16	0.00
Schwach	34	55	11	(80)		
Mittel	36	55	9	(118)		
Stark	40	60	0	(43)		
Sehr stark	17	76	7	(46)		
<i>Informationszugang</i>						
Eher leicht	31	61	8	(275)	0.16	0.00
Eher schwer	31	51	18	(210)		

Das Resultat kann mit Hilfe einer politischen Leiter von links nach rechts veranschaulicht werden. Zuerst stellt man eine nahezu lineare Beziehung zwischen einer grossen Ablehnung in linken Kreisen und der grösseren Zustimmung bei den Rechtsstehenden. Parallel findet man beinahe keine leeren Zettel am Anfang und am Ende dieser Leiter, wo man annehmen muss, dass die ideologische Einstellung keine Zweifel in bezug auf den Stimmentscheid zulässt. Die Anzahl an leerenzetteln nimmt hingegen zu, je mehr man in die Mitte der Leiter gelangt. Die Beziehung zwischen Stimmentscheid und individuellen Werten wird durch die nach-materialistische Wertehaltung bestätigt. Menschen mit einem materialistischen Hang haben deutlicher Ja zum Projekt gesagt als Menschen, die von einer nach-materialistischen Denkweise geprägt sind.

Es überrascht nicht, dass eine Beziehung zwischen dem Stimmentscheid und dem allgemeinen Verhalten gegenüber dem politischen System besteht. Bürger, die der Regierung misstrauisch gegenüberstehen, haben das Projekt deutlicher abgelehnt als solche, die Vertrauen haben. Die Beziehung gilt auch für den subjektiven Einfluss auf den Stimmentscheid: Das Projekt wurde je mehr unterstützt, desto mehr man das Gefühl hatte, einen Einfluss zu haben.

Das Informationsniveau und dessen Zugang, so wie sie von den Befragten empfunden wurden, hatten keinen grösseren Einfluss auf die Abstimmung. Die Wichtigkeit dieser Äusserungen ist vor allem für die Erklärung der leeren Stimmzettel von Bedeutung. Menschen, die das Objekt nicht kannten oder die zugaben, Mühe mit dem Informationszugang gehabt zu haben, haben in einem grösseren Ausmass einen leeren Zettel in die Urne gelegt. Nachdenklich stimmt die Tatsache, dass zwei Drittel der Befragten, die nach ihren Aussagen das Projekt nicht kannten, trotzdem gestimmt haben.

Tabelle 13:

Spontan geäußerte Entscheidungsmotive – Bundesrechtspflege (zwei Antworten möglich)

Begründung der Zustimmung	Stimmende %	Nichtstimmende %
Bundesgericht entlasten	44	25
Unbedeutende Fälle	16	15
Keine Erklärung	12	19
Empfehlungen von Dritten	11	7
Undifferenzierte Begründungen	8	17
Teuerungsanpassung	8	12
Wenig spezifizierte Begründung	7	10
Besserer Schutz	5	2
Kantonale Gerichte	3	3
Total	114 (n = 177)	110 (n = 65)

Begründung der Ablehnung	Stimmende %	Nichtstimmende %
Missverhältnis	71	56
Keine Erklärung	12	24
Undifferenzierte Begründungen	8	8
Wenig spezifizierte Begründung	6	8
Zwecklos	3	5
Status-Quo	3	8
Weitere Revisionen	2	1
Kantonale Gerichte	1	0
Empfehlungen Dritter	0	1
Total	106 (n = 303)	111 (n = 147)

5.2 Elemente zur Meinungsbildung

Wie wir bereits erwähnt haben, war eine Entlastung des Bundesgerichtes das Hauptziel dieser Abstimmung. Die im Gesetz aufgeführten Mittel wurden allerdings Gegnern als unannehmbar von den Gegnern beurteilt.

Diese zwei Positionen fassen die Begründungen zur Stimmentscheidung von Befürwortern und Gegnern der Revision zusammen (*Tabelle 13*). Die ersten haben vermehrt auf die Entlastung des Bundesgerichtes hingewiesen, währenddem die zweiten, die durch die Revision unwiderruflich hervorgerufenen Missverhältnisse betonten. Weitere, weniger wichtige Begründungen begleiteten diese Hauptargumente der Gruppierungen. Wir stellen trotzdem eine nicht zu unterschätzende Anzahl an Befürwortern und Gegnern (12%) fest, die keine Erklärung für den Stimmentscheid liefern konnten. Die Tendenzen sind auch unter den Absentionisten vergleichbar, allerdings weniger ausgeprägt. Dies weil eine grössere Anzahl von Befragten keine Erklärung liefert, oder weil die Begründungen weniger spezifiziert sind.

Die Übereinstimmung gegenüber dem Ziel der Revision der Bundesrechtspflege kommt auch anlässlich einer Analyse der Zustimmung bzw. Ablehnung der Kampagneargumente zum Ausdruck (*Tabelle 14*). Eine Entlastung des Bundesgerichtes wird sowohl von den Befürwortern der Revision als auch von den Gegnern begrüsst.

Parallel findet man auch bei den Gegnern eine nennenswerte Übereinstimmung in bezug auf die Argumente. Die Gesamtheit der Stimmenden wusste, dass die Revision zu einer Erschwerung des Zugangs zum Bundesgericht mit sich ziehen würde. Die Übereinstimmung ist noch grösser hinsichtlich einer Erhöhung der dem Bundesgericht zustehenden Mittel. Differenzen unter den beiden Lagern kommen nur dann zum Vorschein, wenn man zwei Argumente der Revisionsbefürworter analysiert: Die Justizbesserung durch die Revision und die Begründung einer Erhöhung der Streitwertgrenze aufgrund der Teuerung, wurden nur bedingt von den Gegnern geteilt. Es sind wahrscheinlich diese Argumente, d.h. ihre Ablehnung, die das Revisionsprojekt scheitern liessen.

Abschliessend können wir festhalten, dass dieses schwierige und komplizierte Projekt die Stimmenden vor einige nur schwer zu lösende Probleme gestellt hat. Beinahe 16% der Befragten geben zu, leer gestimmt zu haben. Sie stammen mehrheitlich aus Arbeiterkreisen, sind jung und gekennzeichnet durch eine Haltung in der politischen Mitte.

Tabelle 14:
Revision der Bundesrechrspflege

Aussage		Jai %	Nein %	Keine Antwort %
<i>Pro-Argumente</i>				
Das Bundesgericht muss entlastet werden, will man dem Bürger Langwierigkeiten ersparen.	STB	45	22	33
	JST	77	8	15
	NST	48	40	12
Die Erhöhung der Streitwertgrenze führt keinen Nachteil für den Bürger mit sich; sie entspricht vielmehr dem Teuerungsausgleich.	STB	21	41	38
	JST	53	24	23
	NST	16	72	12
Das neue Gesetz führt eine Besserung der Rechteverteidigung der Bürger ein.	STB	16	42	42
	JST	44	30	26
	NST	9	77	14
<i>Kontra-Argumente</i>				
Eine Erhöhung der Streitwertgrenze erschwert das Gelingen an das Bundesgericht für kleinere Streitfälle, wie z.B. solche betreffend Wohnungsmieten und Arbeitsverhältnisse. Das Bundesgericht ist ausser Reichweite.	STB	60	9	31
	JST	68	19	13
	NST	86	7	7
Die Beschwerde wegen Verletzung verfassungsmässiger Rechte wird dadurch erschwert.	STB	48	14	38
	JST	47	31	22
	NST	72	15	13
Man soll dem Bundesgericht mit organisatorischen Massnahmen helfen und nicht mit einer Arbeitskürzung.	STB	48	15	37
	JST	51	26	23
	NST	74	13	13

STB = Stimmberechtigte (n = 998)

JST = Ja-Stimmende (n = 156)

NST = Nein-Stimmende (n = 285)

6) Die Entscheidungsfähigkeit

6.1 Die Entscheidungsfähigkeit der Stimmbürger

In ihrem Buch «Der Stimmbürger und die 'neue' Politik» haben Gruner und Hertig¹¹ die materielle Entscheidungsfähigkeit der Bürger aufgrund von 41 Abstimmungsvorlagen in der Zeitspanne zwischen März 1977 und Dezember 1980 untersucht. Wir haben ihre Ergebnisse anhand der sechs Abstimmungsvorlagen vom 1. April 1990 nachgeprüft. Diese Vorlagen eignen sich besonders gut für eine solche Übung, da sie klar von verschiedenen Schwierigkeitsgraden gekennzeichnet sind. Wie wir bereits in den vorhergehenden Kapiteln aufzeigen konnten, waren die Ziele der Strasseninitiativen deutlicher zu erkennen als bei den weiteren Projekten, die eher in der Kategorie der schwierigen Abstimmungsvorlagen einzustufen sind.

Nach Hertig, dessen Konzept hier übernommen wurde, besteht die Entscheidungsfähigkeit aus zwei Komponenten: der Fähigkeit, einen Entschluss im Zusammenhang mit einem Projekt zu begründen und den Kenntnissen der Vorlage¹². Wir haben aufgrund dieses Ansatzes eine aus drei Stufen bestehende Skala gebaut. Eine «hohe» Entschlussfähigkeit erlaubt das Aufstellen eines glaubwürdigen Argumentes für oder gegen das Projekt und setzt gute Kenntnisse der Materie voraus, d.h. das Ziel bzw. die Hauptziele sind bekannt. Die Entscheidungsfähigkeit wird als «mittel» eingestuft, sobald man die Entscheidungsmotive begründet, die Ziele hingegen nur ansatzweise erkennen kann. Sie gilt ebenfalls als «mittel», wenn die eigene Entscheidung nicht motiviert wird, obwohl man über gute Kenntnisse der Ziele verfügt. Alle anderen Kombinationen deuten auf eine «tiefe» Entschlussfähigkeit hin. Gruner und Hertig widmeten sich der Entscheidungsfähigkeit der Stimmenden, weil sie die materielle Qualität der Abstimmungsentscheide überprüfen wollten. Die erzielten Resultate sind wahrlich enttäuschend, da sie eine sehr tiefe Entschlussfähigkeit zum Vorschein brachten. Die Fähigkeit von 50% der Befragten erwies sich als «mittel», währenddem ein Drittel als «tief» eingestuft werden musste.

Heutzutage ist die Frage durchaus erlaubt, ob im Laufe der letzten zehn Jahre eine Besserung eingetreten ist, ob es beim Gleichen geblieben ist, oder schliesslich sogar die Situation schlechter geworden ist. Die Ergebnisse der sechs Projekte vom 1. April 1990 erlauben uns eine differenzierte Antwort auf diese Frage. Wie *Tabelle 15* veranschaulicht, scheint das generelle Niveau der Entscheidungsfähigkeit deutlich höher zu liegen als vergleichsweise vor zehn Jahren. Zwischen 42% und 70% der Stimmbürger¹³ verfügen über eine hohe Entschlussfähigkeit. Der Anteil an Stimmbürgern mit einer tiefen Entscheidungsfähigkeit schwankt zwischen 13% und 37%. Bevor man zu weitreichenden Schlussfolgerungen kommt, sollte man die Hypothese von einer methodischen Differenz nicht ausschliessen. Es könnte sein, dass Hertig die Stichhaltigkeit der Begründung und die Vorlagenkenntnisse strenger be-

11 op.cit.

12 Der Indikator für die Entscheidungsfähigkeit basiert auf zwei Fragen, die normalerweise im Rahmen einer VOX-Umfrage gestellt werden: «Die Abstimmung betraf (Vorlagenbezeichnung). Könnten Sie mir kurz den Inhalt erklären?» und «Im Falle der (Vorlagenbezeichnung), welches sind die Gründe für ihre Zustimmung / Ablehnung?»

13 Bei den Kleeblattinitiativen verzichteten wir auf eine Unterscheidung der drei Abschnitte, da die Resultate beinahe gleich sind. Die stellvertretenden Resultate beziehen sich auf den Abschnitt N1 (Murten-Yverdon).

wertet hat, als wir es getan haben. Bei den Antworten an offenen Fragen ist das persönliche Element stets vorhanden, weil die Antworten verschiedentlich klassifiziert werden können. Wenn dies der Fall wäre, so hätte die Entscheidungsfähigkeit in den letzten zehn Jahren nur vor-dergründig geändert. In diesem Fall könnte man annehmen, dass Hertig die Entscheidungsfähigkeit unterschätzt haben könnte.

Tabelle 15:
Entscheidungsfähigkeit nach Vorlagen (n = 559)

Entschlussfähigkeit	Stopp dem Beton	Kleeblatt	Rebbau	Rechtspflege
Tiefe	12	14	33	37
Mittlere	20	16	25	16
Hohe	68	70	42	47
Total	100%	100%	100%	100%

Auf jeden Fall sind unsere Daten und jene von Hertig nicht ganz vergleichbar, da es sich um verschiedene Projekte handelt. Wie *Tabelle 15* zeigt, bestehen grosse Unterschiede zwischen den einzelnen Vorlagen¹⁴. So waren z.B. die Ziele der Strassenprojekte relativ einfach zu begreifen. Die Projekte betreffend den Rebbaubeschluss und die Rechtspflege sind hingegen Beispiele für schwer einzuschätzende Ziele, was von einer bedeutend tieferer Entscheidungsfähigkeit begleitet ist. Die Resultate von Hertig stellen Mittelwerte aus 40 Abstimmungen dar. Unsere Resultate sind hingegen mehr stellvertretend für die Möglichen Schwankungen innerhalb der heutigen Entscheidungsfähigkeit. Obwohl der vor zehn Jahren von Hertig errechnete Durchschnittswert unter die tiefste bisher gemessene Entscheidungsfähigkeit zu liegen kommt, darf man heute nicht allzu optimistisch sein in bezug auf die Qualität der Stimmentscheidungen.

6.2 Die Entscheidungsfähigkeit bei Nichtstimmenden

Hertig und Gruner konnten zu ihrem Staunen nur kleine Unterschiede in der Entscheidungsfähigkeit von Stimmenden und Nichtstimmenden feststellen. Unsere Resultate weichen in dieser Hinsicht entscheidend ab, wie in *Grafik 1* dargestellt wird. Wir haben nennenswerte Unterschiede bei der Entscheidungsfähigkeit von Stimmenden und Nichtstimmenden gefunden¹⁵. Die Absentionisten weisen bei allen Projekten eine weit tiefere Entscheidungsfähigkeit

14 Dieses Resultat beweist die Untersuchung Hertigs, der ebenfalls grössere Schwankungen innerhalb der Vorlagen festgestellt hat.

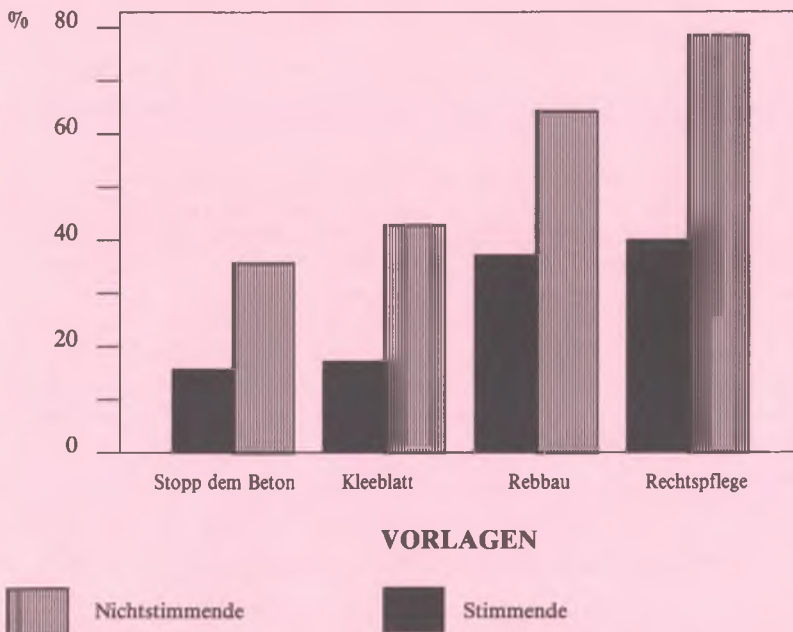
15 Der Assoziationskoeffizient (Gamma) betreffend die Beziehung zwischen Entscheidungsfähigkeit und Teilnahme bzw. Nicht-Teilnahme schwankt von 0.42 («Stopp dem Beton») bis 0.61 («Bundesrechtspflege»).

als die Stimmenden auf. Diese Fähigkeit kommt im Zusammenhang mit den schwierigen Vorlagen deutlich besser zum Ausdruck: Beinahe zwei Drittel der Nichtstimmenden haben praktisch keine Ahnung vom Rebbaubeschluss und fast drei Viertel sind in der gleichen Lage bezüglich der Revision der Bundesrechtspflege.

Grafik 1

Die Entscheidungsfähigkeit von Stimmenden und Nichtstimmenden:
Prozentzahlen betreffend eine begrenzte Entscheidungsfähigkeit

% begrenzte Entscheidungsfähigkeit



Wie soll man die Unterschiede zwischen den Stimmenden und den Nichtstimmenden erklären? Wir können von der Annahme ausgehen, dass das Niveau der Entscheidungsfähigkeit sowie die Teilnahme bzw. Abwesenheit im direkten Kontext zum persönlichen Interesse stehen. Aufgrund dieser Hypothese werden die Bürger, die sich angesprochen fühlen, vermehrt mit der Materie auseinandersetzen, und demzufolge auch stimmen gehen. Eine weitere Hypothese lässt uns annehmen, dass die Abstimmungsteilnehmer generell mehr Interesse an der Politik haben als etwa Nicht-Teilnehmer.

Der politisch interessierte Bürger ist generell auch ein gut informierter Mensch. Das generelle politische Interesse könnte also eine Erklärung liefern, die eine höhere Entscheidungsfähigkeit der Teilnehmer gegenüber den Absentionisten erklären könnte. Man könnte auch davon ausgehen, dass das Niveau der Entscheidungsfähigkeit und die Teilnahme vom Ausbildungsniveau abhängig seien. Infolge dieser Hypothese könnte man eine Beziehung zwischen der Ausbildung und dem Entscheidungsfähigkeitsniveau aufstellen. Je höher die Ausbildung, desto grösster die Abstimmungsteilnahme und die Fähigkeit, den Stimmenscheid zu begründen. Eine detaillierte Analyse könnte die Richtigkeit unserer Hypothesen mindestens teilweise beweisen.

Jeder der drei Aspekte kann die Unterschiede in der Entscheidungsfähigkeit zwischen den Urnengängern und den Absentionisten ein Stück weit erklären. Die Hypothesen führen aber, selbst wenn sie zusammengesetzt werden, nicht zu einer vollständigen Erklärung der Unterschiede. Wenn man die Beziehung zwischen Teilnahme und Entscheidungsfähigkeit ganz aufdecken möchte, müssten genauere Angaben und ausgeklügeltere Analysen zur Verfügung stehen.

6.3 Die Entscheidungsfähigkeit nach der politischen Einstellung

Hängt die Qualität der Entschlüsse von der Stellung gegenüber den verschiedenen Projekten ab? Können die Befürworter eines Projektes ihren Entscheid besser begründen als die Gegner, verfügen sie vielleicht auch über bessere Kenntnisse? *Tabelle 16* gibt uns Aufschluss: In der Regel sind die Unterschiede zwischen Befürwortern und Gegnern eines Projektes gering¹⁶. Unterschiede stellten wir nur im Zusammenhang mit dem Rebbauabschluss fest, wo die Ja-Stimmenden besser abschnitten.

Tabelle 16:
Entscheidungsfähigkeit – Wähler und Abstimmungsvorlage

Entschluss- fähigkeit	Stopp dem Beton		Kleeblatt		Rebbaubeschluss		Bundesrechtspf.	
	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein
Tief	7	12	9	15	23	26	25	23
Mittel	18	16	14	12	12	29	15	17
Hoch	75	72	77	73	65	45	60	60
Total n	100% (156)	100% (375)	100% (189)	100% (332)	100% (181)	100% (265)	100% (154)	100% (279)

16 Bei der Initiative «Stopp dem Beton» haben wir die Begründungen wie z.B. «extremes Projekt» oder «zu wenig realistisches Projekt» als stichhaltige Begründungen akzeptiert, dies weil diese Argumente von einer gewissen Bedeutung in der Kampagne gegen diese Initiative gewesen sind. Verzichtet man auf diese Ausnahme, sinkt das Niveau der Nein-Stimmenden beträchtlich unter jenes der Befürworter.

Das Niveau der Entscheidungsfähigkeit schwankt parallel zum Parteibindungs niveau. Je mehr man sich einer Partei nahe fühlt, desto grösser wird die Fähigkeit, Stimmenscheide zu treffen (siehe auch *Tabelle 17*)¹⁷. Ist die Parteibindung, im Falle von leichten Vorlagen, nur von geringer Bedeutung, so nimmt sie aber bei schwierigen Projekten zu, wie z.B. dem Rebaubeschluss und der Bundesrechtspflege. Die Entscheidungsfähigkeit hängt nicht von der gewählten Partei ab. Hertig hatte eine besonders hohe Fähigkeit bei den POCH-AnhängerInnen festgestellt, eine Fähigkeit, die bei rechtsextremistischen Gruppierungen sehr tief lag, und eine minimale Differenz bei den Anhängern anderer Parteien. Wir können bestätigen, dass die Anhänger der rechtsextremen Parteien die tiefste Entscheidungsfähigkeit aufweisen, die Sympathisanten der linksextremen Parteien sind aber nicht die bestinformierten.

Der Parteieinfluss auf den Abstimmungsausgang bleibt in einem beschränkten Rahmen. In der Schweiz ist die Parteibindung nicht besonders ausgeprägt. Im Moment fühlt sich rund die Hälfte der Bürger nahe einer Partei. Die Aufmerksamkeit gegenüber den Abstimmungsparolen der eigenen Partei ist innerhalb dieser Hälfte nochmals ziemlich beschränkt. *Tabelle 18* zeigt, dass nur eine knappe Mehrheit der parteinahen Bürger (momentan oder prinzipiell) die Abstimmungsparolen der eigenen Partei in bezug auf die Strasseninitiativen kennen. Diese Prozentzahlen fallen noch schwächer aus, wenn man die schwierigen Vorlagen anschaut (40% Bundesrechtspflege, 26% Rebaubeschluss). Die Bekanntheitsunterschiede zwischen den einfachen und den schwierigen Vorlagen lassen uns annehmen, dass die Parteianhänger oft keine genauen Kenntnisse der Parolen haben; sie können sie aber im Verlaufe eines Gesprächs erraten. In den schwierigen Fällen, dort also, wo die Abstimmungsparolen der eigenen Partei nur schwer zu ahnen sind, ist auch die Position der bevorzugten Partei nur bedingt bekannt. Dies kommt besonders gut zum Ausdruck im Falle der SPS-AnhängerInnen, die praktisch vollständig nichts von den Parteiparolen in bezug auf den Rebaubeschluss – Stimmfreigabe – wussten.

Tabelle 17 erlaubt uns einen Einblick auf den Einfluss einer Mitgliedschaft in einem Automobilclub, und zwar in bezug auf die Entscheidungsfähigkeit. Eingangs stellten wir fest, dass praktisch kein Unterschied zwischen den TCS- bzw. ACS-Mitgliedern und den anderen Bürgern besteht, die keinem Automobilclub angehören. Die VCS-Mitglieder bilden hingegen eine selektive Gruppierung, die in Sachen Nationalstrassen und Bundesrechtspflege bestens Bescheid weiss. Im Gegensatz dazu können die Kenntnisse über den Rebaubeschluss mit denjenigen der anderen Bürger verglichen werden. Dieses Beispiel zeigt, dass die Entscheidungsfähigkeit entscheidend vom Interesse des Bürgers gegenüber einem Projekt abhängt. Der Rebaubeschluss interessierte nur am Rande diese Gruppierung, währenddem sie von den drei weiteren Vorlagen direkt angesprochen war. Dieses letzte Beispiel lässt uns annehmen, dass der Bürger eine «begrenzte Rationalität» anwendet, d.h. er beschränkt die eigene Entscheidung, indem er sich nur über Fragen informiert, die ihn direkt ansprechen.

17 Diese und die nächste Tabelle beziehen sich auf die Gesamtheit der Stimmenden und Nichtstimmenden.

Tabelle 17:

Prozentzahlen, aufgrund der Parteibindung, der Bürger mit einer hohen Entscheidungsfähigkeit

Politische Einstellung	Stopp dem Beton %	Kleeblatt %	Rebbau %	Bundesrechtspflege %	n
Parteibindung					
Keine	55	55	24	28	(456)
Momentan	60	60	35	31	(100)
Prinzipiell	66	69	40	44	(390)
Parteidentifikation					
(POCH/PdA/AV)	76	72	16	32	(25)
SPS	65	66	39	45	(119)
GPS	74	61	25	37	(49)
(LdU/EVP)	58	53	32	37	(19)
CVP	65	69	52	42	(104)
FDP/LPS	60	66	42	42	(125)
SVP	62	75	43	40	(47)
(NA/Vig/Autom)	57	50	14	14	(14)
Mitglied eines Automobilclubs					
TCS oder ACS	60	62	35	35	(408)
VCS	79	79	29	61	(38)

Tabelle 18:

Bekanntheitsgrad der Abstimmungsparolen unter den Sympathisanten

Parteibindung	Stopp dem Beton %	Kleeblatt %	Rebbau %	Bundesrechtspflege %	n
(POCH)	40	40	60	60	(8)
(PdA)	-	-	13	38	(8)
(PA)	67	67	33	50	(12)
SPS	33	39	8	38	(119)
GBS	71	69	33	39	(49)
(LdU)	18	18	9	9	(11)
(EVP)	25	50	38	25	(8)
CVP	66	66	20	39	(104)
FDP	68	67	36	43	(104)
(LPS)	52	48	29	29	(21)
SVP	77	75	49	47	(47)
(NA/Vig)	25	25	25	25	(4)
(Autom)	50	70	40	40	(10)
Total	57	59	26	40	(490)

Angaben zu Merkmalsgruppen in Klammern sind nur Trendangaben. Die Zahl der Befragten erlaubt keine genauen Schlüsse.

6.4 Die Entscheidungsfähigkeit nach der sozio-ökonomischen Stellung

Einige sozio-ökonomische Kategorien beeinflussen auch die Entscheidungsfähigkeit. Die grössten Unterschiede fallen zwischen Männern und Frauen auf, zwischen dem unterschiedlichen Ausbildungsniveau und unter den Sprachregionen (Tabelle 19). Die Männer verfügen über eine höhere Entschlussfähigkeit als die Frauen. Dies erklärt sich in ihrem höheren Ausbildungsniveau und in einer grösseren politischen Erfahrung. Berücksichtigt man, dass die Teilnahme und das Ausbildungsniveau der Frauen tiefer liegen, sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern am Verschwinden. Anders ausgedrückt: Innerhalb der Stimmenden mit gleichem Ausbildungsniveau besteht praktisch kein Unterschied mehr in der Entscheidungsfähigkeit von Männern und Frauen. Die verbleibenden Unterschiede beschränken sich auf die schwierigen Abstimmungsvorlagen. Die Unterschiede in der Entscheidungsfähigkeit sind augenscheinlich unter den verschiedenen Ausbildungsniveaus. Die Unterschiede zwischen der französischen Schweiz und den anderen Bürgern bleiben intakt. Die Welschen zeichnen sich ständig durch eine tiefere Entscheidungsfähigkeit aus. Dies ist am deutlichsten bei den «Kleeblatt»-Initiativen. Die Frage, warum ein solcher Unterschied unter den einzelnen Regionen vorkommt, bleibt ohne Antwort.

Tabelle 19:
Prozentzahlen der Bürger mit einer hohen Entscheidungsfähigkeit

Kategorien	Stopp dem Beton %	Kleeblatt %	Rebbau %	Bundesrechtspflege %	n
<i>Geschlecht</i>					
Männer	62	63	38	42	499
Frauen	57	57	26	27	499
<i>Ausbildungsniveau</i>					
Primarschule	45	38	26	16	124
Sekundarschule	57	54	28	30	113
Berufsschule	60	62	30	33	538
Gymnasium	64	71	41	44	132
Uni / ETH	74	72	40	56	87
<i>Sprachregion</i>					
Französische Schweiz	48	45	27	23	242
Andere Regionen	53	65	33	38	756

6.5 Zusammenfassung

In diesem Kapitel haben wir anhand des von Hertig und Gruner entwickelten Konzepts die politische Kompetenz der Schweizer Bürger in bezug auf die Entscheidungsfähigkeit zu zeigen versucht. Das generelle Entscheidungsfähigkeitsniveau scheint weniger beunruhigender zu sein, als noch vor einigen Jahren. Hingegen haben wir die Beziehung zwischen einfachen bzw. schweren Projekten und dem Entscheidungsfähigkeitsniveau gefunden. Diese Fähigkeit ist bei schwierigen Vorlagen deutlich ungenügend. Weiter konnten wir Unterschiede in dieser Hinsicht zwischen Stimmenden und Nichtstimmenden feststellen. Wir haben einige Vorschläge bringen können, wie diese Unterschiede zu interpretieren sind, jedoch keine eindeutigen Beweise. Wir wissen auch nicht, ob die Nicht-Teilnahme von einem Unfähigkeitsgefühl hervorgerufen wird oder ob die Entscheidungsfähigkeit einen Ausdruck eines Mitwirkungswillens darstellt, was wiederum den Beweis an einem politischen Interesse und insbesondere an einem speziellen Projekt bestätigt. Der Einfluss der politischen Einstellung gegenüber der Entscheidungsfähigkeit erlaubt keine Schlussfolgerungen, die eine tiefere Begründung der Ja-Stimmen im Vergleich zu den Nein beweisen. Die «Neinsager», die bei jeder Gelegenheit «nein» sagen, scheinen vielmehr in den Köpfen der politischen Kommentatoren zu leben als in Wirklichkeit. Schliesslich stellten wir fest, dass die Partizipation nur eine beschränkte Wirkung auf den Abstimmungsausgang haben.

d.c. basore

Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 1. April 1990

Zusammenfassung der Hauptergebnisse

Bei einer Stimmbeteiligung von 40.5% hat das Schweizer Stimmvolk sämtliche Vorlagen verworfen, die am 1. April zur Abstimmung gelangten. Im Vergleich zu den Abstimmungen der letzten drei Jahre stellt man fest, dass es sich um eine mittlere Stimmbeteiligung handelte. Währenddem die vier Verkehrsinitiativen von einem grossen Mehr verworfen wurden, war die Ablehnung des Rebbaubeschlusses und der Revision der Organisation der Bundesrechtspflege weniger eindeutig.

Bei den Abstimmungen mit verschiedenen Vorlagen (Multipack) wecken meistens einige Abstimmungsgegenstände ein grösseres Interesse und mobilisieren dadurch in einem grösseren Umfang als die anderen. Dies trifft auch auf die letzten Abstimmungen zu, bei denen die vier Initiativen eine wichtige Rolle für die Mobilisierung gespielt haben, dies im Gegensatz zum Rebbaubeschluss und der Revision der Bundesrechtspflege. Die letzteren beiden Vorlagen bezogen sich auf eine relativ komplexe und technische Problematik und haben dadurch das Begreifen der wichtigsten Streitpunkte nicht erleichtert. Beweis dafür ist die ungewöhnlich hohe Anzahl von Leerstimmen, die von den Stimmbürgern zu diesen Gegenständen in die Urne gelegt wurden.

Das Profil der Abstimmungsteilnehmer unterscheidet sich kaum von vorgängigen Volksabstimmungen ausser einigen Merkmalen, wie zum Beispiel die geringere Beteiligung der Frauen, welche sich durch die Komplexität von zwei der sechs Vorlagen erklären lässt. Auf der anderen Seite muss man die starke Mobilisierung der Bauern, sowie der Mitglieder des VCS hervorheben. Durch die Abstimmungsgegenstände auf unmittelbare Weise betroffen, haben sich diese beiden Kategorien vermehrt an die Urnen begeben.

Obschon das Stimmvolk den Kleeblatt-Initiativen ein wenig positiver gegenüberstand als der «Stopp dem Beton»-Initiative, sind sich die Befürworter und die Gegner der vier Initiativen ziemlich ähnlich. Besonders die individuelle Wertorientierung ist bedeutend für das Verständnis des Befürworterprofils der vier Vorlagen, welche die nationale Autobahnpolitik in Frage stellte: Post-Materialisten, Umweltschützer, VCS-Mitglieder, Personen ohne PKW, Wähler der Linken und schlussendlich Personen mit Misstrauens- und Machtlosigkeitsgefühlen gegenüber dem Bundeshaus, sind die typischen Befürworter der vier Verkehrsinitiativen. Beizufügen sind auch noch einige sozio-demographische Elemente: Die Befürworter der Initiativen sind vorwiegend jung und verfügen über eine gute Ausbildung.

Wir konnten feststellen, dass für die Befürworter der vier Verkehrsvorlagen der Umweltschutz im Vordergrund stand. Die anderen Argumente der Initiativkomitees weckten im

Vergleich zu den Behauptungen, die sich um die Umweltschutzproblematik bewegten, nur ein geringeres Interesse. Für die Gegner war die Hervorhebung der unrealistischen und extremistischen Seite der «Stopp dem Beton»-Initiative, das ausschlaggebende Argument gegen die Stabilisation des Strassenverkehrsnetzes währenddem für die «Kleeblatt»-Initiativen die Notwendigkeit eines lückenlosen Verkehrsnetzes ohne Zweifel das Schlüsselargument darstellte.

Im Gegensatz zu den Verkehrsvorlagen, deren Inhalte vom Stimmvolk klar begriffen wurde, zeichneten sich der Rebbaubeschluss und die Revision der Bundesrechtspflege durch ihre Komplexität aus. Daher sind die Unsicherheit und das Unverständnis auf gewisse Weise die zentralen Begriffe unserer Studie der beiden Vorlagen.

Der Rebbaubeschluss – mit einem Stimmenanteil von 53.3% verworfen – zeichnet sich durch eine spezifische Haltung der Bauern und der Weinanbaukantone aus, welche den Beschluss massiv annahm, was sich aus dem Inhalt der Vorlage erklären lässt. Wir konnten feststellen, dass je mehr die Stimmbürger in das politische System integriert sind, desto stärker war ihre Tendenz, dieses agrarpolitische Projekt zu akzeptieren. Auch die politische Rechte nahm stärker Stellung für den Beschluss als die Linke. Im gleichen Masse führte das Gefühl der politischen Entfremdung (Misstrauens- und Machtlosigkeitsgefühle) zu einer Ablehnung des Beschlusses oder einer verstärkten Unentschlossenheit im Bezug auf die zu treffende Entscheidung. Diese Unentschlossenheit, die sich beim Abstimmungsverfahren durch eine entsprechende Anzahl von Leerstimmen bemerkbar machte, erscheint auch bei den Motivationen, die die Gegner spontan angeben. Die Ablehnung wurde nämlich äusserst schlecht begründet.

Befürworter und Gegner des Rebbaubeschlusses verteidigten ihr Stimmverhalten mit dem Kontingentierungsproblem. Für die einen erlaubt die Kontingentierung einen wünschenswerten Schutz des schweizerischen Rebbaus. Für die anderen bekämpft der Rebbaubeschluss nur unzureichend die zu der Kontingentierung gehörenden Privilegien. Schlussendlich können wir auch feststellen, dass die Ablehnung des Rebbaubeschlusses, obschon nicht eindeutig, dennoch einen weiteren Rückschlag für die Agrarpolitik in ihrer Gesamtheit bedeutet.

Die Entlastung des Bundesgerichtes, um das optimale Funktionieren zu garantieren, war das Ziel, das sich die Regierung und das Parlament mit der Revision der Bundesrechtspflege erhofften. Verworfen von 52.6% der Stimmbeteiligten, fand diese Revision ihre Gegner vor allem in den Bevölkerungsbereichen, die annahm, dass diese gegen ihre Interessen gegangen wäre. Deswegen stimmten die Mieter und Arbeiter vehement gegen diese Vorlage. Auch Personen der politischen Linken und die Post-Materialisten verwarfen diese heftig. Wie auch für den Rebbaubeschluss zeigt der hohe Leerstimmen-Anteil das schlechte Verständnis dieser äusserst technischen Vorlage. Befürworter und Gegner der Revision stellen beide die Überlastung der rechtssprechenden Instanzen fest, trennen sich aber im Bezug auf die nötigen Mittel, um dieses Ziel zu erreichen. Währenddem die Befürworter der Revision Verzögerungen vermeiden wollen, welche Beeinträchtigungen für den Bürger bedeuten könnten, heben die Gegner die Ungleichheiten hervor, die diese Revision hervorgebracht hätte.

Die Untersuchung der materiellen Problemlösungskapazität bestätigt, dass die Stimmbürger grosse Schwierigkeiten hatten, sich eine Meinung über den Rebbaubeschluss und die Revision der Bundesrechtspflege zu bilden, dies im Gegensatz zu den vier Verkehrsinitiativen. Diese Analyse hat uns im weiteren erlaubt, einige beunruhigende Schlussfolgerungen der beiden Autoren zur politischen Kompetenz der schweizerischen Stimmbürger zu nuancieren. Die Problemlösungskapazität scheint nicht so schlecht für Vorlagen zu sein, deren Kernpunkte einfach zu erkennen sind.

UNIVERSITÄT GENÈVE

Département de science politique – Case postale 266, 1227 Carouge

PRINCIPALES PUBLICATIONS DES MEMBRES DU DÉPARTEMENT

ALLAN, P., «Determinants of Swiss Military Expenditure», in : Istvan Dobozi, Clare Keller and Harriet Matejka (eds.), *Small Countries and International Structural Adjustment*, Geneva, IUHEI, 1982.

ALLAN, P., *Crisis Bargaining and the Arms Race: A Theoretical Model*, Cambridge, Mass., Ballinger, 1983.

ALLAN, P., STAHEL, A.A., «Tribal Guerrilla Warfare Against a Colonial Power: Analyzing the War in Afghanistan», in *Journal of Conflict Resolution*, Vol. 27/4, 1983, pp. 590–617.

ALLAN, P., CLARKE, M., LUTERBACHER, U., «International Public Policy Analysis: Energy Crises and the Small State», in : Michael Don Ward (ed.), *Theories, Models, and Simulations in International Relations*, Boulder and London, Westview Press, 1985.

ALLAN, P., «Social Time», in Cioffi-Revilla, C., Merritt, R.L., Zinnes, D.A. (eds.), *Communication and Interaction in Global Politics*, Beverly Hills, Sage, 1987, pp. 95–113.

AYBERK, U., «Les leaders d'opinion suisses et les questions européennes», dans *La Suisse et son avenir européen*, Lausanne, Payot, pp. 227–236, 1989.

AYBERK, U. (sous la direction de D. Sidjanski et U. Ayberk), *L'Europe du sud dans la Communauté européenne*, Paris, PUF, pp. 43–82 et 203–232 (en coll.), 1990.

AYBERK, U., «Les groupes d'intérêt turcs et la Communauté européenne», dans *CEMOTI*, No 8, pp. 149–164, 1989.

AYBERK, U., «Le syndicalisme suisse à l'aube du XXI^e siècle, l'exemple de la FTMH et du SSP», «Les groupes d'intérêt au coeur du système politique», dans *La Suisse au pluriel*, Lausanne, LEP, (en coll.), 1990.

AYBERK, U., «Les cadres des partis gouvernementaux», à paraître chez Georg, Genève.

BARTOLINI S., «The European Left Since World War I: Size, Composition and Patterns of Electoral Development», in Daalder, H., Mair, P., *Western European Party Systems. Continuity and Change*, London, Sage, 1983.

BARTOLINI, S., «The Membership of Mass Parties: The Social Democratic Experience 1889–1978», in Daalder, H., Mair, P., *Western European Party Systems. Continuity and Change*, London, Sage, 1983.

BARTOLINI, S., MAIR, P. (eds.), *Party politics in Contemporary Western Europe*, London, Sage, 1984.

FARAGO, P., KRIESI H. (eds.), *Wirtschaftsverbände in der Schweiz*, Grösch, Rügger, 1986.

FINGER, M., *Les 10 bonnes raisons pour adhérer au nouveau mouvement pour la paix*, Lausanne, Ed. LEP, Coll. Politique 2000, 1989.

FINGER, M., SCIARINI, P., *L'homo politicus à la dérive? Enquête sur le rapport des Suisses à la politique*, Lausanne, Ed. LEP, Coll. Politique 2000, 1990.

HORBER, E., *EDA Exploratory Data Analysis*, 2 tomes, User's Guide et Applications Manual, Genève et Grenoble 1990.

HORBER, E., «Exploring Aggregate Data», EPD, juin 1987.

KERR, H., *Parlement et Société en Suisse*, St-Saphorin, Ed. Georgi, 1981.

KLANDERMANN, B., KRIESI, H., TARROW, S. (eds.), *International Social Movement Research. Vol. 1: From Structure to Action – Comparing Social Movement Research across Cultures*, Greenwich, Conn., JAI Press, 1988.

KRIESI, H., *Entscheidungsstrukturen und Entscheidungsprozesse in der Schweizer Politik*, Frankfurt, Campus Verlag, 1980.

KRIESI, H. et al., *Politische Aktivierung in der Schweiz*, Diessenhofen, Rügger, 1981.

- KRIESI, H., et al., *Bewegung in der Schweizer Politik*, Frankfurt, Campus Verlag, 1985.
- KRIESI, H., *Die Zürcher Bewegung*, Frankfurt, Campus, 1984.
- KRIESI, H., *AKW-Gegner in der Schweiz*, Diessenhofen, Rüegger, 1982.
- KRIESI, H., «The Structure of the Swiss Political System», pp. 113–162, in Lehmbuch, G., Schmitter, P.C. (eds.), *Patterns of Corporatist Policy-Making*, London, Sage, 1982.
- LUTERBACHER, U., CLARKE, M., «Simulationen der Auswirkungen von internationalen politisch-ökonomischen Einflüssen auf die Schweiz, in: P. Staehli, Wirtschaftliche Landesvorsorge im Rahmen der Sicherheitspolitik, Bern, Haupt, 1983.
- LUTERBACHER, U., CLARKE, M., *Quel futur énergétique pour la Suisse : Analyse de quelques scénarios, Analyses et Prévisions*, Lausanne et Genève, CREA/CRERI, 1983.
- MELICH, A., *Identité nationale et media contemporains*, Lausanne, Ed. LEP, 1990.
- MIRONESCO, C., BOYSAN, T., PAPADOPOULOS, I., avec une introduction de D. Sidjanski, *Débat sur l'énergie en Suisse. Les processus législatifs fédéraux de 1973 à 1983*, Lausanne, Presses Polytechniques Romandes, 1986.
- OSSIPOW, W., *La transformation du discours politique dans l'Eglise*, Lausanne, L'Age d'Homme, 1979.
- OSSIPOW, W., «Le jugement évaluatif», in Duprat, G. (éd.), *Connaissance du politique*, Paris, PUF, 1990.
- PAPADOPOULOS, I., *Dynamique du discours et conquête du pouvoir. Le cas du PASOK 1974–1981*, Berne, Lang, 1989.
- REY, J.-N., *Trop d'Etat ?*, Lausanne, Réalités sociales, 1983.
- REY, J.-N., *La Suisse au pluriel*, Lausanne, Ed. LEP, Coll. Politique 2000, 1990.
- REY, J.-N., Barrières constitutionnelles au pouvoir fiscal de l'état. Contribution à la théorie du public choice à partir du cas suisse. Etudes et recherches du Département de science politique, No 24, 1990.
- ROIG, Ch., *La Grammaire politique de Lénin : formes et effets d'un discours politique*, Lausanne, L'Age d'Homme, 1980.
- ROIG, Ch., SCHMIDT, H., AYBERK, U., REY, J.N., *Le syndicalisme de demain*, Lausanne, LEP, 1986.
- ROIG, Ch., *L'invention de la modernité politique. Une approche de la théorie politique classique de Machiavel à Paine*. Genève, Département de Science politique, Etudes et Recherche No 23, 1989.
- ROIG, Ch., «Rhétorique et analyse socio-politique», in Duprat, G. (éd.), *Connaissance du politique*, Paris, PUF, 1990.
- SIDJANSKI, D., et JACOBSON, H., *The Emerging International Economic Order*, London, Sage, 1982.
- SIDJANSKI, D., AYBERK, U. (éd.), *L'Europe du sud dans la Communauté européenne. Analyses comparatives des groupes d'intérêt et de leur insertion dans le réseau communautaire*, Paris, PUF, 1990.
- URIO, P., *Le rôle politique de l'administration publique*, Lausanne, Ed. LEP, 1984.
- URIO, P., MARKOV, N., «Les administrations cantonales», in *Manuel du système politique de la Suisse*, Vol. III, Berne, Lang, 1986.
- URIO, P., ARIGONI, G., BAUMANN, E., JOYE, D., *Sociologie politique de la haute administration de la Suisse*, Paris, Economica, 1989.

Wolf Linder

Politische Entscheidung und Gesetzesvollzug in der Schweiz

Wer trifft die politischen Entscheidungen in der Schweiz und wie werden sie vollzogen? Wie gross ist der Einfluss des Parlaments auf die gesetzgeberischen Entscheidungen? Wer sind die wichtigen Akteure des politischen Entscheidungsprozesses insgesamt? Was wird aus Gesetzen, nachdem sie angenommen sind, und welche Faktoren bestimmen ihren Erfolg oder Misserfolg? Erfüllen die Parteien noch ihre Aufgabe der Vermittlung zwischen Volk und Behörden, oder werden sie von neuen Bewegungen abgelöst?

Das vorliegende Buch präsentiert wichtigste Ergebnisse aus Einzelstudien des Nationalen Forschungsprogramms 6 «Entscheidungsvorgänge in der schweizerischen Demokratie» und zieht eine aktuelle Bilanz zum Funktionieren des politischen Systems der Schweiz.

Französische Version des Berichts (übersetzt von Jean-Daniel Delley): *La décision politique en Suisse – Genèse et mise en oeuvre de la législation, Réalités sociales*, Lausanne 1987.

2. Auflage 1988

Die Forschungsgemeinschaft bei den VOX-Analysen (Stand 1990)

Die VOX-Analysen sind
eine Kooperation zwischen

Patronatskomitee
Forum Helveticum
Beirat

GfS-Forschungsinstitut
(Zürich) (seit 1977)
C. Longchamp
J. Wild

Praxis ▶

**Forschungszentrum für
schweizerische Politik**
(Univ. Bern) (seit 1977)
Prof. Dr. W. Linder
C. Longchamp

◀ Wissenschaft

**Forschungsstelle für Poli-
tische Wissenschaft**
(Univ. Zürich) (seit 1985)
Prof. Dr. U. Klöti
C. Buri, D. Schloeth

Geldgeber
Bundesbeiträge
Privatwirtschaft
Forschungsaufträge
Beteiligte Institute
Medien
Abonnenten

**Département de science
politique (Univ. de
Genève) (seit 1985)**
Prof. Dr. H. Kriesi
P. Sciarini
F. Passy
S. Hug

P.P.



8001 Zürich